

INHALT

3 EDITORIAL

4 ZUSAMMENFASSUNG

5 KONJUNKTURELLE LAGE

6 Negative Auswirkungen der US-Zolldrohungen

7 Solide Lage auf dem Binnen-Arbeitsmarkt

10 Exportrekord dank Pharma-Chemie

12 STIMMUNG IM AARGAU

12 Grundsätzlich gute Stimmung im Aargau

13 Erholung im Detailhandel

15 Pharma-Chemie als Stütze der Aargauer Wirtschaft

17 Gute Stimmung im Gesundheits- und Sozialwesen

18 Entspannung auf dem Energiemarkt

19 Elektroindustrie schwingt obenaus

22 Reallohnwachstum stützt Kaufkraft

23 Wichtige Rolle der ausländischen Arbeitskräfte

28 Regulatorische Themen Bauen

31 STANDORTQUALITÄT AARGAU

31 Standortqualität im Kanton Aargau

33 Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal

34 Methodik

35 Impressum



Beat Bechtold
Direktor

Fokus Justierung

Die Zeichen für die Wirtschaft stehen schlecht. Der freie Handel erlebt mit der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump einen grossen Unsicherheitsfaktor. In Europa grassieren hohe Staatsverschuldung und ausufernde Bürokratie. Die lokalen Herausforderungen in der Schweiz im Allgemeinen und im Aargau im Speziellen erscheinen eher harmlos für den Wirtschaftsmotor. Auch wenn sich die Aargauer Unternehmen den globalen Einflüssen nicht ganz entziehen können.

Die politische Stabilität durch die direkte Demokratie, gepaart mit funktionierenden Institutionen und intakter Sozialpartnerschaft sowie tiefer Staatsverschuldung – in unserem Kanton sogar mit einer stattlichen Ausgleichsreserve – resultieren in einer resilienten Aargauer Wirtschaft. Dies untermauern die erneut guten Rückmeldungen in unserer Wirtschaftsumfrage. Auch die Qualität des Standorts Aargau wird weiterhin geschätzt. Am ehesten bemängeln die Unternehmen die Steuerbelastung, auch wenn das Urteil in den meisten Fällen befriedigend bis gut ausfällt.

Die Standortfaktoren sind allerdings nicht in Stein gemeisselt, sondern müssen laufend gepflegt werden. Die politische Beeinflussung der Wirtschaft und die bürokratischen Papier-tiger sind entschieden abzulehnen. Dazu gehört etwa die Ausweitung der Lohnvergleichsanalysen auf kleinere Unternehmen oder die isolierte Festsetzung von Mindestlöhnen, die traditionell im Rahmen der gesamtarbeitsvertraglichen Sozialpartnerschaft festgelegt werden. Solche Mikroregulierungen sind Gift für die Standortattraktivität.

Die Politik muss den Fokus konsequent auf die relevantesten Faktoren richten. Dabei gilt: «Freiheitliche Rahmenbedingungen first». Dazu gehören die steuerliche Attraktivität, freier Markt und Wettbewerb, Rechtssicherheit und Stabilität, effiziente Infrastruktur sowie ein hochwertiges Bildungssystem.



Mattia Farei-Campagna

Partner und Volkswirt
bei Fahrländer Partner
Raumentwicklung



Lorin Sidler

Volkswirt bei
Fahrländer Partner
Raumentwicklung

Schweizer Wirtschaft im Gegenwind – Aargauer Unternehmen halten Kurs

Die im Auftrag der Aargauischen Industrie- und Handelskammer von Fahrländer Partner Raumentwicklung durchgeführte Wirtschaftsumfrage 2025 zeugt von einer weitgehend positiven Stimmung bei den Unternehmen im Kanton Aargau. Die Rückmeldungen zur allgemeinen Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres fallen fast branchenübergreifend positiv aus und die Entwicklung des Gesamtumsatzes für das laufende Jahr wird grösstenteils optimistisch eingeschätzt.

Besonders im aktuellen Marktumfeld sind diese Resultate keine Selbstverständlichkeit, denn Europa, und damit auch die Schweiz, steht wirtschaftlich unter Druck. Neben geopolitischen Spannungen, sich anbahnenden Handelskonflikten und hoher Staatsverschuldung sorgt die potenziell inflationstreibende Politik des neuen US-Präsidenten für eingetrübte Aussichten. Eine wichtige Stütze der Schweizer Wirtschaft bleibt weiterhin der private Konsum, welcher dank eines Reallohnwachstums und der robusten Zuwanderung positive Impulse setzt. Zudem hat sich die Teuerung erfreulich entwickelt: Die Jahresrate liegt seit geraumer Zeit wieder innerhalb des Zielbands der Schweizerischen Nationalbank.

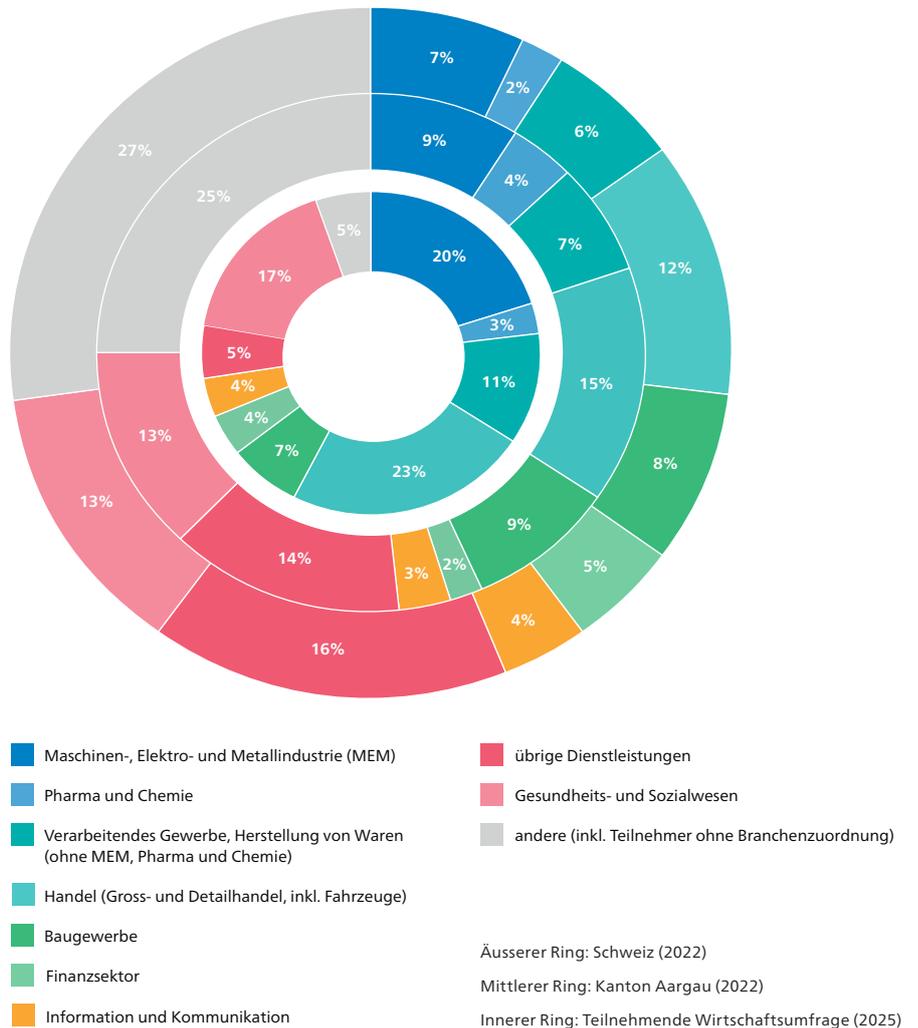
Zusammenfassend bleibt die konjunkturelle Lage in der Schweiz angesichts globaler Unsicherheiten angespannt, auch wenn verschiedene Entspannungstendenzen identifiziert werden können. Mit prognostizierten 1,4 Prozent wird das Wirtschaftswachstum 2025 zwar höher ausfallen als im vergangenen Geschäftsjahr, verharrt aber nach wie vor unterhalb des längerfristigen Potenzialwachstums, welches laut der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich mit 1,6 Prozent beziffert wird.

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen in der Schweiz können zu Beginn des Jahres 2025 weiterhin als dynamisch bezeichnet werden, auch wenn im Inland selber nach turbulenten Jahren wieder etwas Ruhe eingekehrt ist. Mit 0,6 Prozent liegt das Niveau der Jahreststeuerung in der Schweiz im Dezember 2024 wieder in jenem Bereich, in dem sie sich zwischen 2010 und 2020 bewegt hatte. Nur 26 Monate nach dem Höhepunkt bei 3,5 Prozent im August 2022 liegt die Inflationsrate damit sogar wieder in der unteren Hälfte des Zielbands der Schweizerischen Nationalbank von 0 bis 2 Prozent. Gemäss des Raiffeisen Economic Research dürfte die Inflation zu Jahresbeginn noch weiter sinken, da bei der jährlichen Anpassung der administrierten Stromtarife für die privaten Haushalte, diese um durchschnittlich rund 10 Prozent gesenkt werden.

Der Start der Weltwirtschaft ins Jahr 2025 gestaltet sich hingegen heterogen. Nach dem Wahlsieg von Donald Trump zeigen sich die Konjunkturindikatoren in

Abb. 1
Vergleich Branchenstruktur Schweiz und Aargau (2022) sowie
Branchenstruktur der teilnehmenden Unternehmen (2025)
 Vollzeitstellen in Prozent

Quelle: AIHK, BfS, Fahrländer Partner



den USA zwar weiterhin robust, neben anderen Faktoren dürften aber die Einfuhrzölle, welche auf die Re-Industrialisierung des Landes abzielen, mittelfristig einen negativen Einfluss haben. Es ist zu befürchten, dass die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Waren aus Mexiko, Kanada und China importierte Waren in den USA verteuern werden. Dieser Preisanstieg könnte wiederum den Inflationsdruck erneut erhöhen, was die US-Notenbank FED davon abhalten könnte, die Zinsen zügig zu senken. Diese Entwicklung dürfte in einer Zeit, in welcher viele Zentralbanken Zinssenkungen vornehmen, zu einer Stärkung des US-Dollars führen. Dies würde dann aber die Rohstoffpreise für Abnehmer ausserhalb der USA erhöhen, wodurch sich letztlich der Inflationsdruck im Ausland wieder erhöhen würde. Zusätzlich könnten die von den USA eingeführten Zollerhöhungen zu Vergeltungszöllen, im schlimmsten Fall sogar zu Handelskriegen führen, unter denen schliesslich alle beteiligten Länder leiden, was den Welthandel destabilisieren dürfte. Schlussendlich ist eindeutig, dass höhere Importkosten und im internationalen Vergleich hohe Zinsen der US-Wirtschaft schaden werden. Weiter dürfte die angedrohte Abschiebung von Millionen illegaler Immigranten einen verheerenden Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben.

Negative Auswirkungen der US-Zolldrohungen

Auch wenn (noch) keine Zollaufschläge für Waren aus Europa durchgesetzt werden, haben die Drohungen negative Folgen auf die Konjunkturentwicklung hierzulande

Eine Zollerhöhung auf Waren aus Europa ist zurzeit zwar noch nicht in Kraft, eine entsprechende Drohung Präsident Trumps steht jedoch bereits im Raum. Die EU ihrerseits droht mit Gegenmassnahmen, wovon dann auch die Schweiz betroffen sein dürfte. Denn als Donald Trump während seiner ersten Präsidentschaft Zölle auf Stahl und Aluminium verhängte, reagierte die EU mit Schutzzöllen. Damals wurde die Schweiz von der EU als Drittstaat deklariert, wodurch sich Schweizer Waren in der EU verteuerten, was einen negativen Effekt auf die Nachfrage hatte. Direkte Zollerhöhungen der USA für Schweizer Produkte sind zwar wenig wahrscheinlich, sind aber nicht völlig auszuschliessen. Dies hätte verheerende Folgen für zahlreiche Schweizer Unternehmen, insbesondere in den Sektoren Chemie-Pharma, Maschinenbau, Uhren und Nahrungsmittel, die alle einen bedeutenden Anteil ihres Umsatzes in den USA generieren. Bei einer Vertuierung der Waren aus der Schweiz würde die Nachfrage leiden, und die Produktion müsste wohl in etlichen Fällen heruntergefahren werden. Die Schweiz würde – im Gegensatz zur EU – aber kaum mit Gegenmassnahmen reagieren.

Nach wie vor gibt auch die wirtschaftliche Situation in Deutschland Anlass zur Sorge. Die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise sowie steigende Finanzierungskosten machen der stark industrialisierten Deutschen Wirtschaft zu schaffen. Die zögerlichen Zinssenkungen der EZB und die zunehmende Konkurrenz aus China bremsen die Erholung nach den zwei Rezessionsjahren 2023 und 2024. Für das Gesamtjahr 2024 ergibt sich eine Abnahme des realen BIP gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozent. Neben den hohen Energiekosten sind die Nachwirkungen des Kaufkraftverlustes infolge des Preisschocks, eine anhaltend restriktive Geld- und Fiskalpolitik, die schwache Entwicklung des Arbeitsmarkts sowie die weiter dauernden geopolitischen Krisen für die anhaltende wirtschaftliche Stagnation verantwortlich. Neben der wirtschaftlichen Problematik kommt mit dem Scheitern der Deutschen Regierungskoalition noch die politische Unsicherheit hinzu. Es ist fraglich, ob eine neue Regierung nach den Wahlen in der Lage sein wird, innert nützlicher Frist Massnahmen zu ergreifen, um die gefürchtete Deindustrialisierung zu verhindern. Vielleicht sind aber Industriepolitik und Strukturpolitik langfristig auch

nicht die geeigneten Mittel, um Deutschland wieder auf Kurs zu bringen. Für die Schweizer Exportwirtschaft und insbesondere für die exportorientierten MEM-Firmen wären das aber schlechte Nachrichten, obschon die Abhängigkeit von Deutschland heute geringer ist als auch schon.

Neben Deutschland weist mit Österreich ein zweiter Nachbar der Schweiz zwei aufeinanderfolgende Rezessionsjahre auf. Denn, ähnlich wie Deutschland, leidet auch Österreich unter der schwachen Auslandsnachfrage und einer Investitionsflaute. Wie das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung berichtet, ist das reale BIP nach dem Rückgang um 1,0 Prozent im Vorjahr im Jahr 2024 um 0,6 Prozent geschrumpft. Für 2025 wird mit einem verhaltenen Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent gerechnet unter der Annahme, dass die internationale Nachfrage, insbesondere aus Deutschland, im laufenden Jahr wieder anziehen wird. Und Frankreich wird – hauptsächlich aufgrund der politischen Unsicherheit und seiner erheblichen Staatsschulden – zum nächsten Sorgenkind in der EU. Neben der instabilen innenpolitischen Lage drückt die schwache Auslandsnachfrage sowie die Zurückhaltung der privaten Konsumenten die wirtschaftliche Entwicklung. Die Unsicherheiten und der massive Sparzwang, unter dem Frankreich steht, dämpfen die Investitionen von in- und ausländischen Unternehmen. Und auch wenn die Prognosen zur Entwicklung des realen BIP gemäss Banque de France mit 0,8 Prozent positiv ausfallen und das Abflachen der Inflation für eine leichte Entspannung sorgt, bleibt ein schwieriges Wirtschaftsumfeld mit diversen Unsicherheiten bestehen.

Damit steht die kleine, offene Schweizer Volkswirtschaft vor einer Reihe von Herausforderungen, die das Wachstum dämpfen können. Dementsprechend hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) seine Konjunkturprognose für 2024 leicht nach unten korrigiert und erwartet ein unterdurchschnittliches Wachstum von 0,9 Prozent. Für die Jahre 2025 und 2026 prognostiziert das SECO ein Wirtschaftswachstum von 1,5 respektive 1,7 Prozent. Auch die Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) erwartet für 2024 einen Anstieg des realen sporteventbereinigten Bruttoinlandprodukts von 0,9 Prozent. 2025 nimmt das sportbereinigte BIP um 1,4 Prozent und 2026 um 1,7 Prozent zu. Hauptgrund für die Abwärtsrevision gegenüber der Herbstprognose ist die schwache Entwicklung des internationalen Umfelds, vor allem in Deutschland und Frankreich.

**Solide Lage auf dem Binnen-Arbeitsmarkt
Der Schweizer Arbeitsmarkt bleibt trotz des leichten Anstiegs der Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich robust**

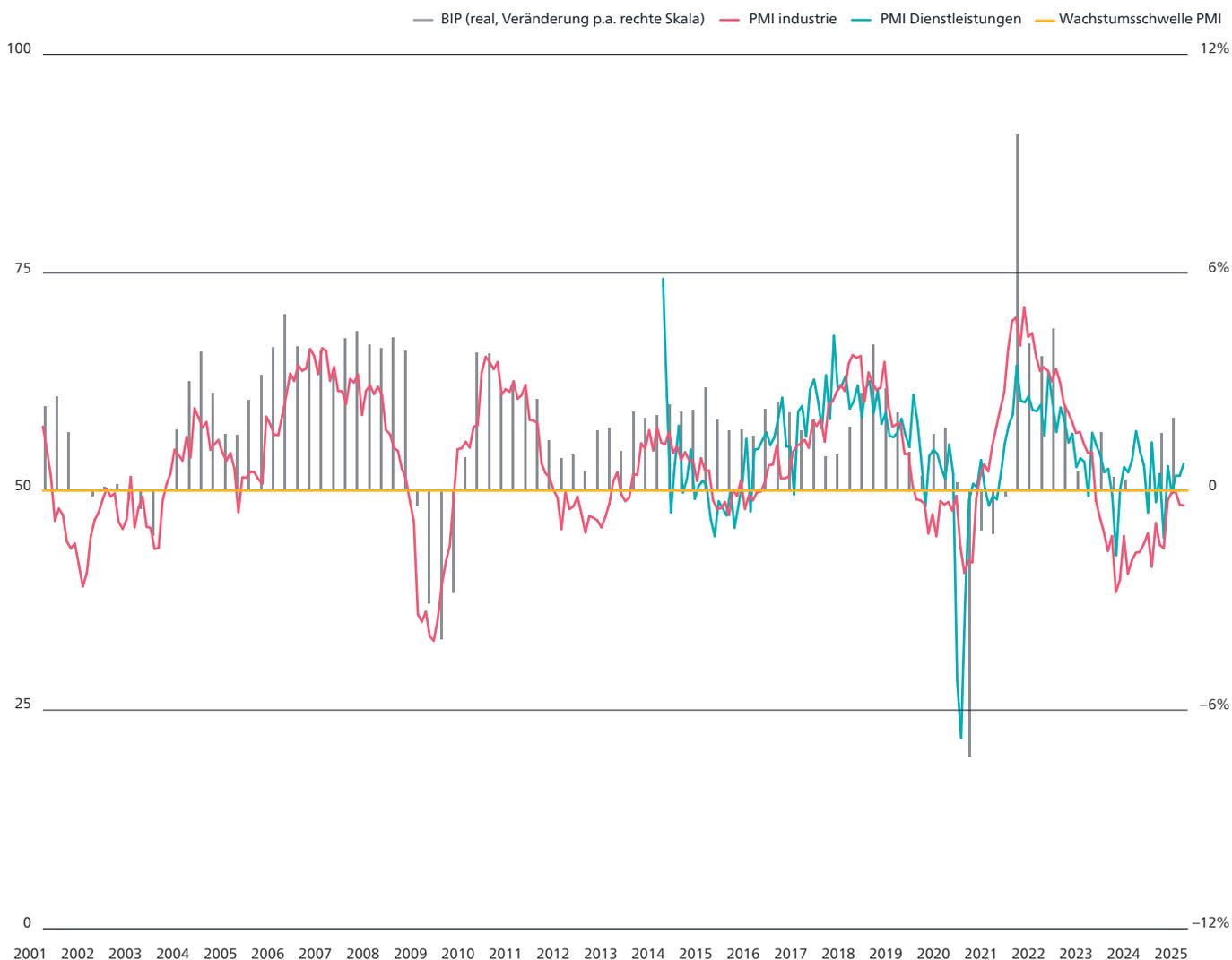
Ausgehend von einem historisch tiefen Niveau nahm die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 2024 zu, es resultiert eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent, was einer Zunahme von 0,4 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr entspricht. Grund dafür ist die harzige Entwicklung der internationalen Konjunktur. Insbesondere Branchen mit internationaler Ausrichtung, welche primär im Industriesektor angesiedelt sind und ohnehin schon eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit aufweisen, tragen zu diesem Anstieg bei. Für das Jahr 2025 rechnet die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 2,7 Prozent, womit sie weiterhin leicht unter dem konjunkturneutralen Niveau von 2,8 Prozent zu liegen kommt, welches der mittleren Arbeitslosigkeit über einen Konjunkturzyklus entspricht. Der Beschäftigungsindikator der KOF sinkt im ersten Quartal 2025 um 0,4 auf 2,6 Punkte. Grund dafür sind primär die schlechteren Beschäftigungsaussichten im Detailhandel und im Verarbeitenden Gewerbe. Damit nähert sich der Indikator weiter dem langjährigen Mittel von 1,5 Punkten an und deutet so auf eine verhaltene Ent-

wicklung auf dem Schweizer Arbeitsmarkt im aktuellen und kommenden Quartal hin. Die aufgrund der demographischen Entwicklung schrumpfende einheimische Erwerbsbevölkerung wurde durch Zuwanderung kompensiert, was von der relativen Attraktivität des Schweizer Arbeitsmarktes zeugt und die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale reduziert. Gleichzeitig führte die Kombination von langsamem BIP-Wachstum, steigendem Rentneranteil und Immigration mithin zu einem schrumpfenden BIP pro Kopf.

Der Schweizer Einkaufsmanagerindex (PMI), welcher vom Fachverband für Einkauf und Supply Management, procure.ch, und der UBS monatlich erhoben wird, gilt als wichtiger Frühindikator und wird für die Sektoren Industrie und Dienstleistungen separat ermittelt. Wie bereits im Jahr 2023 kam der Industrie-PMI auch 2024 nie über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten zu liegen. Mit

Abb. 2
Wirtschaftsentwicklung und Einkaufsmanagerindizes
 Wachstumsschwelle = 50

Quelle: UBS, Procure.ch, SECO, Fahrländer Partner



49,9 Punkten lag der PMI in den Monaten September und Oktober zwar nur knapp unter der 50-Punkte-Marke, aufgrund der stagnierenden Subkomponenten Produktion und Auftragsbestand fiel der Index im November und Dezember 2024 wieder auf 48,5 respektive 48,5 Punkte. Die grösste Belastung geht jedoch weiterhin von der Beschäftigungssituation aus, welche sich im Vergleich zum November nochmals verschlechtert hat. Der Dienstleistungs-PMI hingegen weist im Dezember mit 53,2 Punkten zum dritten Mal in Folge auf eine Ausweitung der Aktivität im Dienstleistungssektor hin. Diese Entwicklung scheint breit abgestützt zu sein: Fünf der sechs Subkomponenten fallen im Dezember höher aus als im Vormonat, und vier davon liegen über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Einzig die Komponenten Verkaufspreise und Beschäftigung deuten auf eine leichte Verschlechterung der Situation hin. Der Raiffeisen KMU-PMI widerspiegelt die anhaltend schwache Industriekonjunktur, er kommt im Dezember 2024 bei 45,4 Punkten deutlich unterhalb der Wachstumsschwelle zu liegen. Dabei blieben alle fünf Subkomponenten unter der 50-Punkte-Schwelle.

Anlass zur Sorge gibt weiterhin auch die getrübte Konsumentenstimmung, die seit Anfang 2022 deutlich unter dem langjährigen Mittel verharrt. Zwar kann im Dezember 2024 eine leichte Verbesserung ausgemacht werden: Der Index kommt auf -30,3 und damit höher als in den Vormonaten zu liegen, verbleibt jedoch weiter auf tiefem Niveau. Die Ursachen für die anhaltend schlechte Stimmung dürften neben der wirtschaftlichen Unsicherheit auch die politischen Risiken angesichts der internationalen Krisenherde in der Ukraine und im Nahen Osten sowie ungelöste Themen in der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen sein. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis die Privathaushalte wieder Vertrauen fassen. Bis dahin wird die gedämpfte Stimmung den Privatkonsum bremsen.

Exportrekord dank Pharma-Chemie

Das starke Exportwachstum von chemisch-pharmazeutischen Produkten übertrifft die rückläufige Entwicklung der meisten anderen Sparten

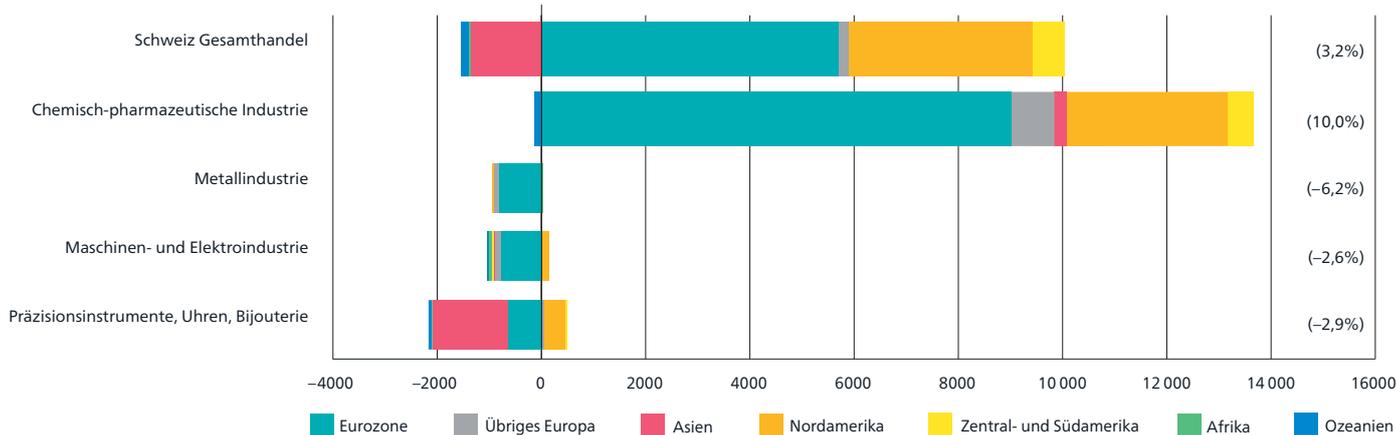
Angesichts der tiefen und weiterhin rückläufigen Inflation sowie der nun offensichtlichen Brems Spuren im Industriesektor sind in den kommenden Monaten weitere Zinssenkungen durch die SNB zu erwarten. Auch die KOF rechnet nach der Leitzinssenkung im Dezember 2025 mit einem weiteren Zinsschritt um 25 Basispunkte im März 2025 – damit würde der Leitzins bei 0,25 Prozent zu liegen kommen. Die Schweizer Exportwirtschaft würde davon gleich doppelt profitieren: Einerseits sinken die Finanzierungskosten, andererseits könnte die sich ausweitende Zinsdifferenz den Schweizer Franken etwas schwächen, wobei die im Vergleich zum Ausland tiefere Inflation inhärent einen Aufwärtsdruck auf die Landeswährung ausübt.

Der Aussenhandel, insbesondere die Exporttätigkeit, gab im Jahr 2024 ein durchzogenes Bild ab: Zwar erreichte die Schweiz einen Exportrekord, jedoch kam dieser fast ausschliesslich dank der Sparte chemisch-pharmazeutische Produkte zustande, deren Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahr um 10,0 Prozent zugenommen haben. Im Plus befanden sich neben Pharma-Chemie auch noch die Nahrungs- und Genussmittel. Nach Rekordergebnissen in den vergangenen Jahren ging hingegen die Ausfuhr von Bijouterie und Juwelierwaren um 4,5 Prozent, jene von Uhren um 2,8 Prozent zurück. Die Sparten Maschinen und Elektronik (-2,6%) sowie Metalle (-6,2%) mussten im Jahr 2024 ebenfalls Einbussen hinnehmen. Bei ihren Handelspartnern verzeichnet die Schweiz ein Exportwachstum unter anderem in den USA (+7,9%), in China (+5,9%) sowie in der EU (+3,9 Prozent), wobei sich die Ausfuhr nach Österreich, Deutschland, Italien und Frankreich insgesamt rückläufig entwickelt hat. Gesamthaft wuchsen die Exporte im Jahr 2024 nominal um 3,2 Prozent auf 282,9 Milliarden Franken. In der entgegengesetzten Verkehrsrichtung sanken die Importe insgesamt um nominal 1,6 Prozent auf 222,3 Milliarden Franken. Abgesehen von Pharma-Chemie (+8,5%) weisen alle Warengruppen ein Minus auf, allen voran die Sparten Maschinen und Elektronik (-6,3%), Fahrzeuge (-6,7%) und Metalle (-7,4%). Dabei verzeichnet die Schweiz im Jahr 2024 einen geringeren Import

Abb. 3
Veränderung der Schweizer Exporte nach ausgewählten Absatzmärkten und Branchen im Vergleich zum Vorjahr, in Mio. CHF

2023–2024; 2024er Zahlen entsprechen provisorischen Daten

Quelle: BAZG, Fahrländer Partner



aus allen drei grossen Wirtschaftsräumen Europa (-0,6%), Nordamerika (-1,9%) und Asien (-5,9%). Alles in allem resultiert in der Handelsbilanz ein Überschuss von 60,6 Milliarden Franken für das Jahr 2024, was einem Rekordergebnis entspricht.

Die Schweiz ist gut durch alle Turbulenzen der vergangenen bald 20 Jahre gekommen und die Erwartung eines Wachstums von 0,9 Prozent für 2024 und 1,5 Prozent für das laufende Jahr 2025 ist ansprechend und sie hat im internationalen Vergleich lediglich mit Luxusproblemen zu kämpfen. Sicher ist aber, dass sich die Schweiz den Entwicklungen auf internationaler Ebene nicht gänzlich entziehen kann. Gerade die anhaltende wirtschaftliche Stagnation in verschiedenen europäischen Ländern könnte den Aufschwung deutlich mindern. Die Unsicherheiten, welche von den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ausgehen, dürfen nicht unterschätzt werden. Und aus dem Szenario eines globalen Handelskriegs würden wohl keine Gewinner hervorgehen. Eher würde es weltweit zu einem Wohlstandsverlust führen. Die zusätzlichen Zölle dürften die Inflation wieder anheizen und die Zentralbanken damit zwingen, ihre Zinsen für längere Zeit auf höherem Niveau zu belassen.

Grundsätzlich gute Stimmung im Aargau

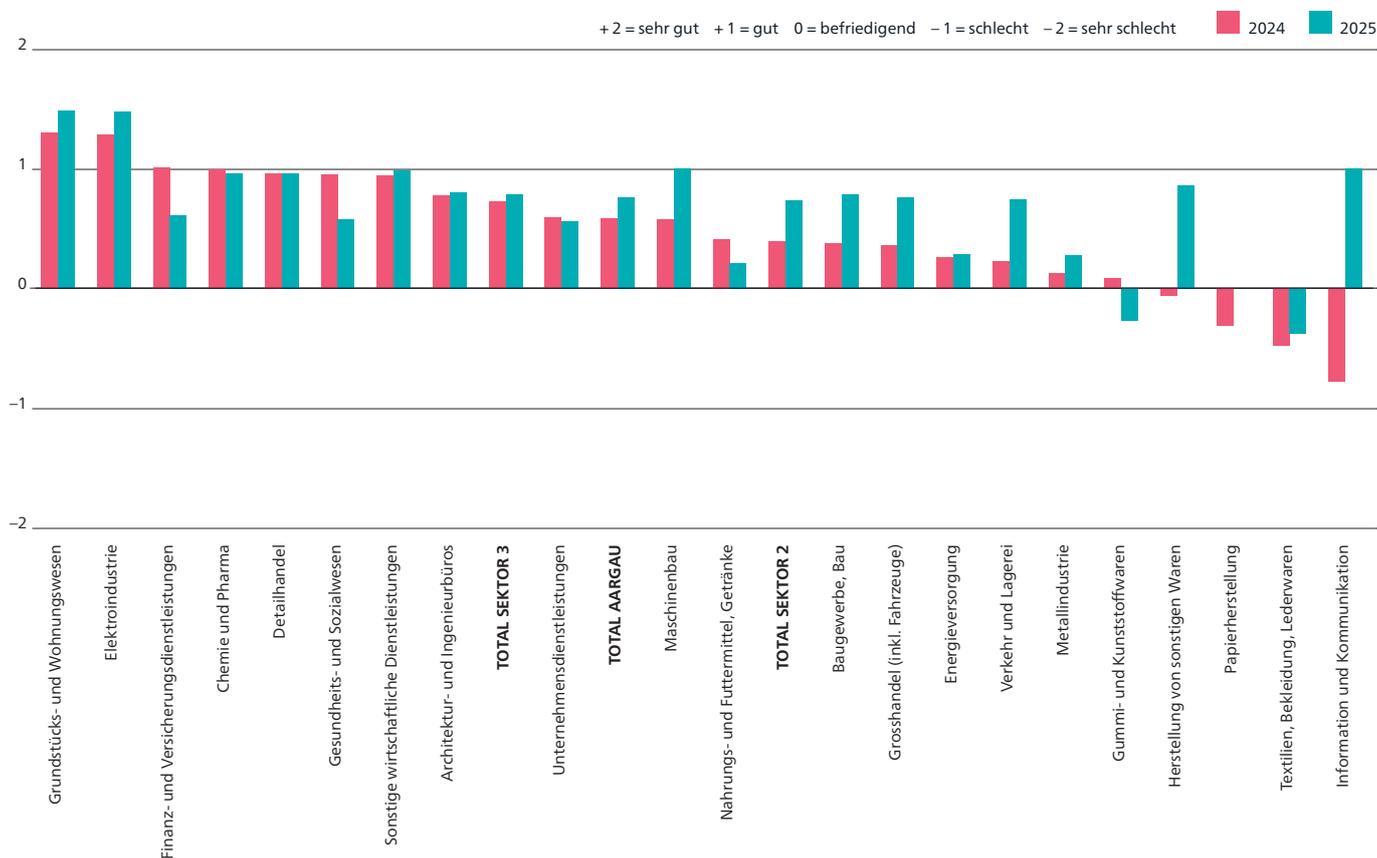
Die Rückmeldungen zur diesjährigen Wirtschafts-umfrage zeugen von einem guten Geschäfts-jahr 2024 – der Rückblick fällt fast branchenüber-greifend positiv aus

Die Gesamtbetrachtung der Rückmeldungen zur diesjährigen AIHK Wirtschafts-umfrage zeigt eine vergleichbare Einschätzung für das vergangene und das laufende Geschäftsjahr, wie bereits in der Wirtschafts-umfrage vom Jahr 2024. Während vorwiegend Branchen aus dem Dienstleistungssektor, allen voran das Grundstücks- und Wohnungswesen, von einer guten Entwicklung des Geschäftsjahres 2024 berichten und optimistische Erwartungen an das laufende Geschäftsjahr haben, deuten die Rückmeldungen aus Branchen des zweiten Sektors insgesamt auf eine weniger positive Entwicklung hin.

Im Rückblick resultieren nur in drei Branchen, namentlich der Information und Kommunikation sowie der Herstellung von Textilien, Bekleidung, Lederwaren sowie der Papierherstellung, negative Werte. Prospektiv gehen sogar nur zwei Branchen von einer leicht negativen Entwicklung aus: die Herstellung von Textilien, Bekleidung, Lederwaren sowie die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. Insgesamt schneidet der dritte Sektor bei der allgemeinen Entwicklung des Geschäftsjahres sowohl im Rück- als auch im Ausblick leicht besser ab als der Industriesektor. Diese Rückmeldung überrascht insofern nicht, als dass der zweite Sektor von der schwachen Wirtschaftsdynamik im Ausland deutlich stärker tangiert wird. Zu den zentralen Belastungsfaktoren zählen bei der grossen Mehrheit der Unternehmen die gestiegenen Einkaufspreise – primär

Abb. 4
Allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres

Quelle: AIHK



im Inland. Dass sich die Einkaufspreise im Ausland etwas zu stabilisieren scheinen, dürfte unter anderem dem starken Schweizer Franken zu verdanken sein, welcher die Preissteigerungen etwas abschwächt. Weiter fällt bei einigen exportorientierten Branchen die stagnierende Exporttätigkeit negativ ins Gewicht. Die Entwicklung des Auftragsbestands hingegen fällt sehr heterogen aus, über alle Unternehmen hinweg kann für den Kanton Aargau bestenfalls von einer leichten Zunahme gesprochen werden. Dabei fallen die ungewichteten Umfragewerte zum Teil deutlich extremer aus, was bedeutet, dass grössere Unternehmen, gemessen an der Anzahl ihrer Mitarbeitenden, einer stärkeren Veränderung im Vergleich zum Vorjahr unterliegen als kleinere. Dies ist sowohl bei den positiven als auch bei den negativen Rückmeldungen zu beobachten.

Dass das Grundstücks- und Wohnungswesen, wie schon in der Wirtschaftsumfrage 2024, zu den «Gewinnern» gehört, überrascht nicht. Der Nachfrageüberhang im Wohnungsmarkt, welcher vom Bevölkerungswachstum, dem Trend zu kleineren Haushalten und der niedrigen Neubautätigkeit getrieben wird, stützt den Umsatz aller Akteure – von Verwaltern über Makler bis hin zu Entwicklern. Dies bestätigt auch der Auftragsbestand am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr, welcher gemäss den Rückmeldungen gestiegen ist. Im Vergleich über alle Branchen weist das Grundstücks- und Wohnungswesen die drittstärkste Zunahme des Auftragsbestands auf, nach der Elektroindustrie und den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Auch zukunftsgerichtet weisen die Rückmeldungen aus der Branche auf eine weiterhin überdurchschnittliche Entwicklung hin.

Erholung im Detailhandel Die Rückmeldungen aus dem Detailhandel fallen überwiegend positiv aus, werden aber von den beschäftigungsmässig grösseren Unternehmen getrieben

Die positiven Rückmeldungen aus dem Detailhandel überraschen, denn noch im Vorjahr war die Branche mit ihrem Gesamtumsatz im Jahr 2023 am unteren Ende der Verteilung anzutreffen, und auch für 2024 war ein gleichbleibender Gesamtumsatz erwartet worden. Die ungewichteten Resultate zeugen hingegen von einer weniger guten Umsatzentwicklung respektive sogar von einem Umsatzrückgang im vergangenen Jahr. Dementsprechend berichten kleinere Betriebe, gemessen an der Anzahl ihrer Mitarbeitenden, von einem tendenziell rückläufigen Gesamtumsatz. Die Rückmeldungen zu den Verkaufspreisen im Inland im Vergleich zum Vorjahr können Aufschluss über die heterogene Entwicklung des Umsatzes geben, denn auch hier fallen die ungewichteten Resultate deutlich tiefer aus als die gewichteten. Grosse Betriebe dürften also mit der Erhöhung der Verkaufspreise deutlich besser zurechtgekommen sein als kleinere Unternehmen. Auch der Ausblick fällt bei Unternehmen mit weniger Beschäftigten vergleichsweise ungünstiger aus.

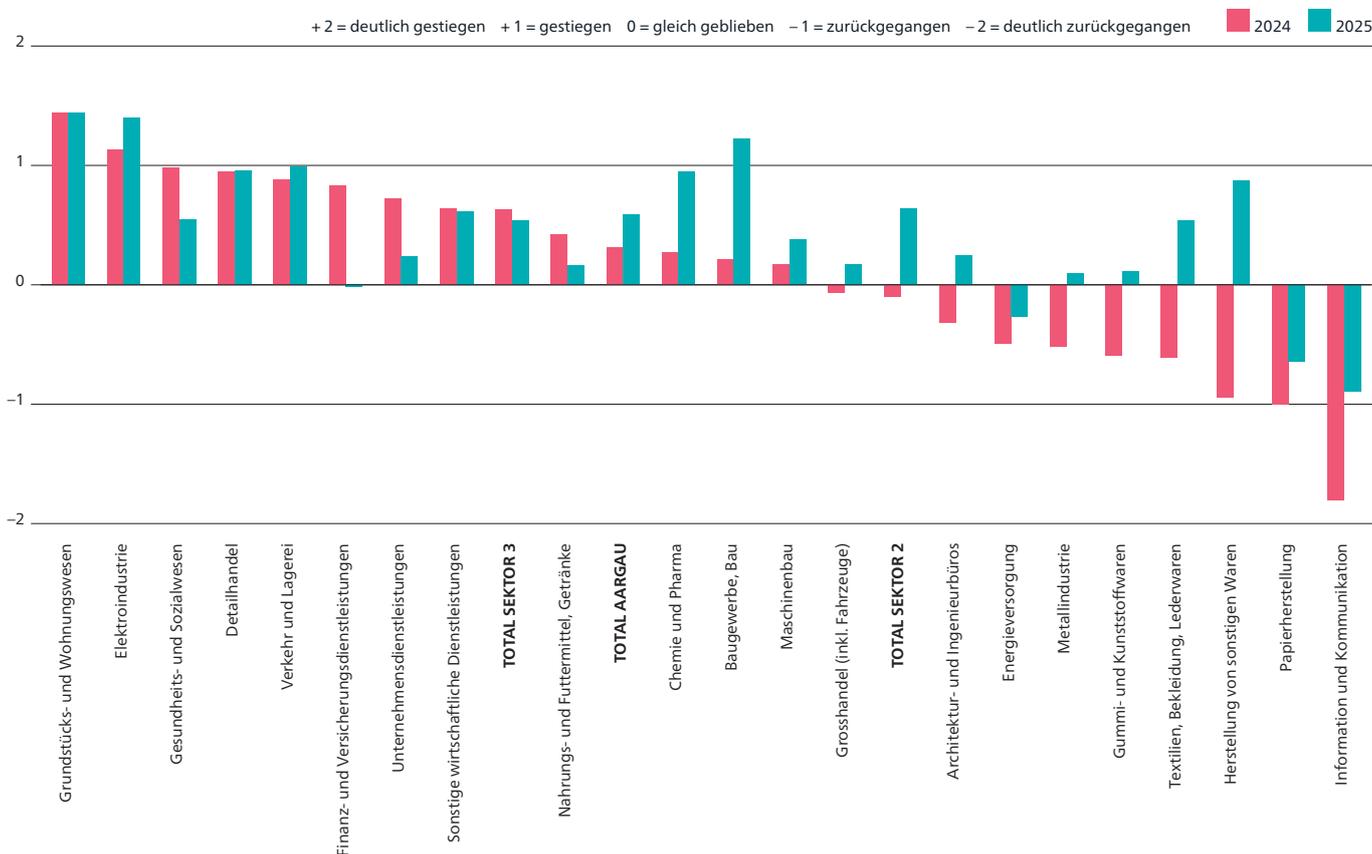
Gemäss Retail Outlook 2025 der UBS hat der Detailhandel im vergangenen Jahr beim realen Umsatz ein leichtes Wachstum verzeichnet, nominal wird aufgrund der sinkenden Preise allerdings von einer Stagnation berichtet. Als Grund für das leichte Umsatzwachstum wird der private Konsum genannt, gestützt vom robusten Arbeitsmarkt und der intakten Zuwanderung. Innerhalb der Branche ist die Entwicklung jedoch sehr heterogen: Während der reale Umsatz im Lebensmittelsegment im Jahr 2024 um rund 0,5 Prozent zugenommen hat, weisen mehrere Non-Food-Segmente sinkende Detailhandelsumsätze auf, allen voran die Heimelektronik, welche sich seit der Corona-Pandemie mit einer Nachfragesättigung konfrontiert sieht. Für das Jahr 2025 rechnet die UBS nicht mit einer starken Beschleunigung der Nachfrage im Detailhandel; im Food-Bereich wird ein reales Umsatzwachstum von 0,5 Prozent erwartet, im Non-Food-Bereich von 0,6 Prozent.

Nachdem die Einschätzung zur Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres von Chemie-Pharma in der Wirtschaftsumfrage vom Vorjahr nur im Mittelfeld zu liegen kam, ist die Branche aktuell wieder am oberen Ende der Verteilung anzutreffen. Dabei beurteilen sowohl beschäftigungsmässig kleine wie auch grössere Unternehmen die Entwicklung des abgelaufenen Jahres als gut, und blicken auch dem laufenden Geschäftsjahr optimistisch entgegen. Zwar wird der Gesamtumsatz 2024 grösstenteils nur mit dem Prädikat «gleich geblieben» beurteilt, für das Jahr 2025 rechnet Chemie-Pharma aber mit einer positiven Entwicklung: Nach dem Grundstücks- und Wohnungswesen und der Elektroindustrie wird hier die dritthöchste Zunahme des Gesamtumsatzes erwartet. Gestützt werden diese Prognosen zum einen durch gut gefüllte Auftragsbücher am Jahresende – die Rückmeldungen der Branche deuten sowohl im Rück- wie auch im Ausblick auf einen soliden Auftragsbestand hin. Zum anderen wird von einer intakten Ausfuhrfähigkeit im vergangenen Jahr berichtet, zukunftsgerichtet wird für das laufende Jahr sogar mit noch steigendem Exportvolumen gerechnet.

Von beiden grossen Playern im Schweizer Pharmamarkt, Roche und Novartis, gibt es positive Nachrichten bezüglich des laufenden Jahres: Roche möchte die Präsenz im Milliarden-Markt der Schlankheitspräparate mit mehreren neuen Präparaten stärken, während bei Novartis die umsatzstärksten Medikamente ihre

Abb. 5
Gesamtumsatz im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



Pharma-Chemie als Stütze der Aargauer Wirtschaft

Die Rückmeldungen aus der Chemie-/Pharmaindustrie fallen branchenübergreifend sehr positiv aus

Quartalsvorgaben übertroffen haben und das Unternehmen seine Verkaufsziele für 2023 bis 2028 dementsprechend nach oben korrigiert hat. Die Aussichten stehen also gut, ein Handelskrieg könnte die rosige Zukunft jedoch eintrüben. Denn die Pharmaindustrie ist stark von der Politik in den USA abhängig und könnte von möglichen Zollerhöhungen besonders stark betroffen sein. Insgesamt machen chemisch-pharmazeutische Produkte rund die Hälfte der gesamten Schweizer Exporte aus, wovon rund ein Viertel in die USA ausgeführt wird. Auch für den Aargau ist die Branche Chemie-Pharma von zentraler Bedeutung: Gemäss dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) hat der Kanton Aargau im Jahr 2023 Waren im Gesamtwert von rund 16,7 Milliarden Schweizer Franken exportiert. Davon entfällt knapp die Hälfte auf chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse, rund 29 Prozent steuern die Elektroindustrie und rund 7 Prozent die Metallindustrie ans Exportvolumen bei.

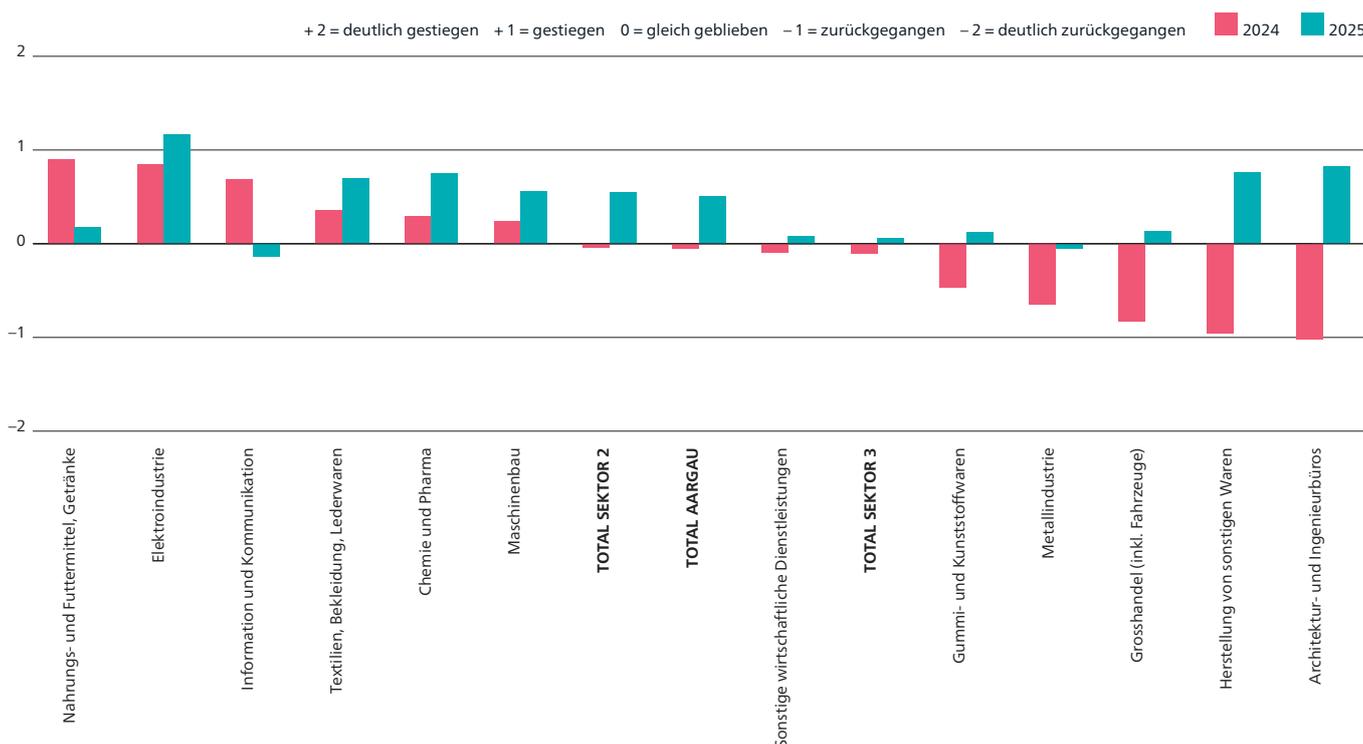
Die Verantwortlichen der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen beurteilen die allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres 2024 insgesamt als überaus positiv, vergleichbar mit den Rückmeldungen zur Wirtschaftsumfrage vom Vorjahr. Auch weitere klassische Bürobranchen wie Unternehmensdienstleistungen oder Architektur- und Ingenieurbüros kommen beim Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr in der oberen Hälfte der Verteilung zu liegen. Nach

Abb. 6

Exporte (in CHF) im Vergleich zum Vorjahr

Bei den restlichen Branchen gab es keine oder zu wenige Angaben zu den Exporten (in CHF) im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



wie vor dürfte die tiefe Exposition zur harzigen Konjunktur im Ausland – der Dienstleistungssektor ist deutlich weniger vom Aussenhandel anhängig als der Industriesektor – die positive Stimmung in diesen Branchen stützen. Zur guten Stimmung bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen haben sicherlich auch die erfreulichen Auftragsbestände am Ende des vergangenen Jahres beigetragen. Für 2025 wird hingegen mit einer leicht gebremsten Entwicklung gerechnet.

Zwar scheint sich der Schweizer Finanzmarkt vom Zusammenbruch der Credit Suisse erholt zu haben und die bisher reibungslos verlaufene Integration der Grossbank in die UBS zeugt von guten Aussichten, die Nachwehen sind aber noch lange nicht ausgestanden. Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission, welche zum Schluss gekommen ist, dass die CS überhöhte Risiken eingegangen ist, könnte im laufenden Jahr zu zusätzlichen regulatorischen Massnahmen führen.

Die zur Branche Unternehmensdienstleistungen gehörenden Unternehmen berichten von einer Zunahme des Gesamtumsatzes im Vergleich zum Vorjahr und einem soliden Auftragsbestand. Mit den offenbar deutlich höheren Einkaufspreisen, welche unter anderem die Lohnkosten mitberücksichtigen, konnten die Verkaufspreise im Inland jedoch nicht mithalten. Weiter fällt der Ausblick ernüchternd aus: Es wird grösstenteils von einer stagnierenden Entwicklung in der Branche ausgegangen, sowohl hinsichtlich des Gesamtumsatzes als auch beim Auftragsbestand. Noch heterogener sehen die Rückmeldungen der Architektur- und Ingenieurbüros aus: Zum einen wird von einer guten Entwicklung des allgemeinen Geschäftsjahres berichtet – rückblickend wie auch zukunftsgerichtet – zum anderen liegt die Branche bei diversen anderen Resultaten aber am unteren Ende der Verteilung. Während Gesamtumsatz und Auftragsbestand am Jahresende im vergangenen Geschäftsjahr leicht zurückgegangen sind und die Exporttätigkeit sogar deutlich zurückgegangen ist, hatte die Branche weiter mit stark gestiegenen Einkaufspreisen zu kämpfen. Gemäss den Teilnehmern der diesjährigen Wirtschaftsumfrage sind aber auch die Verkaufspreise gestiegen, was den Umsatz zumindest etwas stützen sollte. Die Aussichten für das laufende Jahr sehen hingegen positiver aus: Es wird mit leicht zunehmendem Gesamtumsatz gerechnet und die Lage bei der Exporttätigkeit dürfte sich offenbar erheblich verbessern.

Wie schon in der Wirtschaftsumfrage vom Vorjahr liegt die Branche Information und Kommunikation, welche sich unter anderem aus dem Verlagswesen und der Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie zusammensetzt, am unteren Ende beim Rückblick auf die Entwicklung des Geschäftsjahres 2024. Überraschenderweise wird dieses Resultat von beschäftigungsmässig grossen Unternehmen getrieben, der ungewichtete Wert würde im Mittelfeld der Verteilung zu liegen kommen. Auch bei den Rückmeldungen zum Gesamtumsatz und dem Auftragsbestand am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr bleibt die Branche das Schlusslicht der Verteilung; zukunftsgerichtet wird keine deutliche Verbesserung der Situation erwartet. Negativ ins Gewicht fallen unter anderem die stark gestiegenen Einkaufspreise im Ausland im Vergleich zum Vorjahr. Eine der wenigen positiven Entwicklungen, von welcher die Branche berichtet, ist die gestiegene Exporttätigkeit im vergangenen Jahr. Für das laufende Geschäftsjahr wird jedoch ein leichter Rückgang der Ausfuhren erwartet.

Gute Stimmung im Gesundheits- und Sozialwesen

Die Rückmeldungen aus der Branche stimmen optimistisch – die wachsenden Gesundheitskosten belasten aber die Bevölkerung

Nachdem das Gesundheits- und Sozialwesen in den Wirtschaftsumfragen 2022 und 2023 zu den «Verlierern» gehörte, liegen die Rückmeldungen zum Geschäftserfolg im Vorjahr etwa im Mittelfeld. Aktuell scheint sich die Lage weiter verbessert zu haben, die Branche berichtet von einer guten Entwicklung des vergangenen Geschäftsjahres. Auch beim Ausblick auf das Jahr 2025 bleiben die Verantwortlichen grundsätzlich optimistisch. Der Gesamtumsatz hat sich im Jahr 2024 erfreulich entwickelt, für das laufende Geschäftsjahr wird mit einem anhaltend positiven Trend, jedoch auf etwas tieferem Niveau, gerechnet. Dass sich der Umsatz in der Branche positiv entwickelt, bestätigt auch die KPMG-Studie «Schweizer Spitäler und Kliniken» (2024), welche die Finanzkennzahlen unter die Lupe nimmt. Für 2023 wird von einem Umsatzwachstum, insbesondere im ambulanten Bereich, berichtet. Dabei übertrifft das Kostenwachstum für Personal und medizinischen Bedarf jedoch das Wachstum beim Ertrag, was den Umsatz insgesamt mindert. Gemäss der Studie besteht die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt im Gesundheitswesen – Stichwort: Fachkräftemangel – weiter. Mit den versprochenen Lohnerhöhungen führt dies zur stärksten Zunahme des Personalaufwands seit 2019.

Dass insbesondere das Gesundheitswesen wieder in den Mittelpunkt diverser Diskussionen gerückt ist, hat es auch den seit 2023 markant gestiegenen Krankenkassenprämien zu verdanken. Nach einer Zunahme um 8,7 Prozent im Jahr 2024 wird die Prämienhöhung für das aktuelle Jahr mit 6,0 Prozent beziffert. Aufgrund der zunehmenden Gesundheitskosten, getrieben von der Alterung der Bevölkerung sowie neuen und teuren Medikamenten und Therapien, werden die Prämien wohl auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Gemäss Sorgenbarometer 2024, welches jährlich von der UBS in Zusammenarbeit mit gfs.bern erhoben wird, zählen fast die Hälfte der Stimmberechtigten Themen mit Bezug zum Gesundheitswesen zu den fünf grössten Problemen der Schweiz. Auch politisch steht die Branche aktuell im Fokus: Neben den Volksinitiativen zur Prämientlastung und zur Kostenbremse, welche beide abgelehnt worden sind, hat das Volk im November 2024 die Reform zur einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) angenommen. Ziel der ab 2028 in Kraft tretenden Gesetzesänderung ist eine einheitliche Finanzierung, welche Fehlanreize beseitigen, ambulante Behandlungen fördern und unnötige Spitalaufenthalte minimieren soll.

Durch die markante Strompreiserhöhung von fast 50 Prozent im Zuge der Krise der vergangenen zwei Jahre hat sich die Situation in der Energieversorgung drastisch verändert. Zwar bleibt das Niveau des Verbraucherstrompreises grundsätzlich auch im laufenden Jahr noch erhöht, die Lage hat sich nach der jährlichen Anpassung der administrierten Stromtarife für die privaten Haushalte – die Grundtarife für das Jahr 2025 werden gemäss den Berechnungen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission um rund 10 Prozent gesenkt – etwas entspannt. Gemäss den Berechnungen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ergibt sich für kleinere und mittlere Unternehmen ein ähnliches Bild: Netzkosten und Energiepreise sinken auch hier. Diese Entwicklung widerspiegelt sich auch in den Rückmeldungen aus der Energieversorgung: Nachdem die Branche in den zwei vorangegangenen Wirtschaftsumfragen sowohl bei der allgemeinen Entwicklung des vergangenen Geschäftsjahres als auch beim Gesamtumsatz im Vergleich zum Vorjahr aufgetrumpft hatte, ist sie aufgrund ihrer diesjährigen Rückmeldungen eher am unteren Ende der Verteilung einzuordnen. Zwar fallen sowohl Rück- wie auch Ausblick auf die Geschäftsjahre 2024 und 2025 noch leicht positiv aus, es wird jedoch für beide

Entspannung auf dem Energiemarkt

Die Grundtarife für private Haushalte sind für 2025 um rund 10 Prozent gesenkt worden, mit positiven Auswirkungen auf Teuerung und Kaufkraft

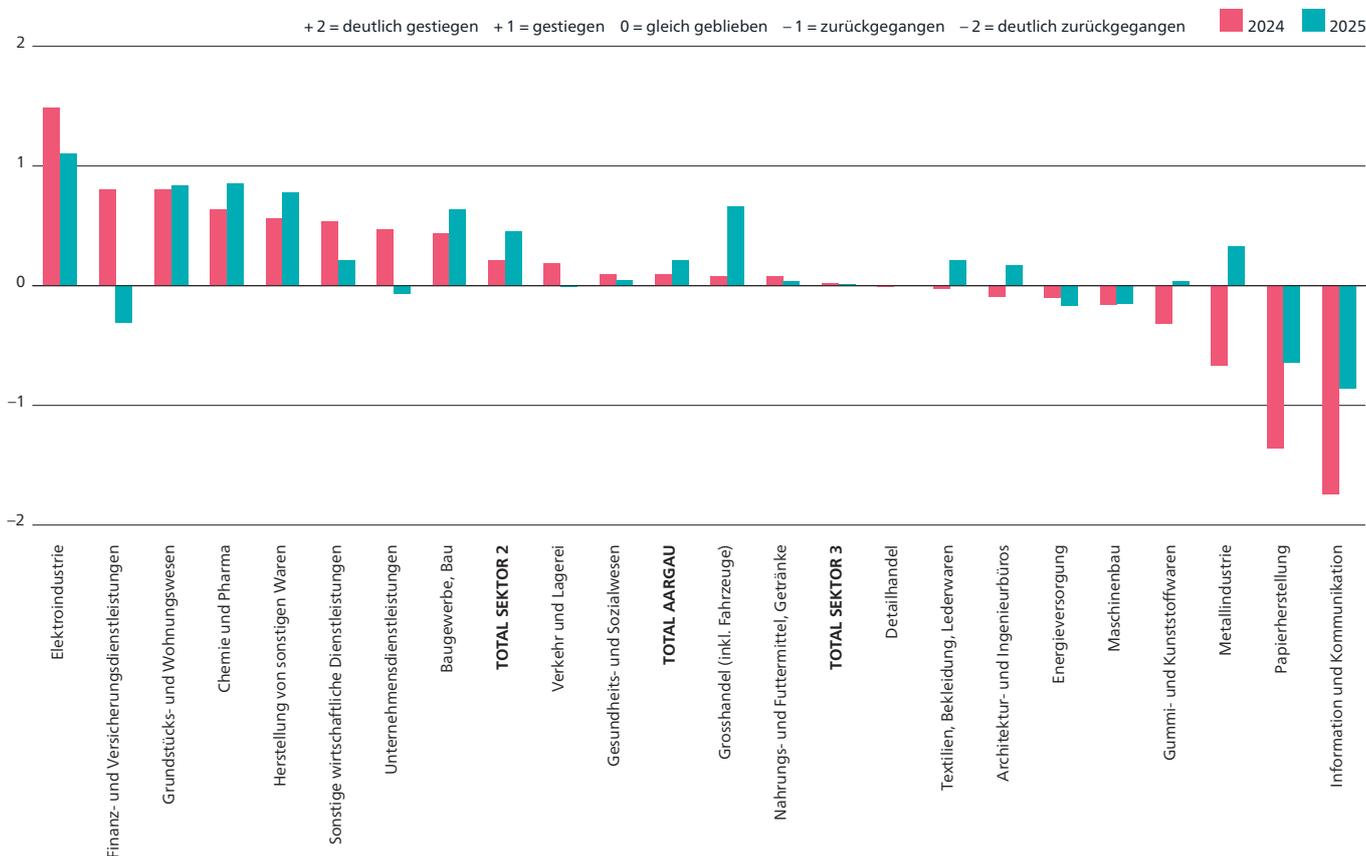
Jahre von einem leichten Rückgang des Gesamtumsatzes berichtet, respektive wird ein solcher erwartet. Auch der Auftragsbestand zum Jahresende kann nicht an die Resultate der Vorjahre anknüpfen und fällt aktuell sowohl im Rück- als auch im Ausblick leicht rückläufig aus. Einzig bei der Investitionstätigkeit kommt die Energieversorgung im Vergleich zum Jahr 2023 im Mittelfeld zu liegen.

Die Energieversorgungslage wird in der Schweiz aktuell als unkritisch beurteilt, Gasspeicher und Stauseen sind gut gefüllt und es wird ein eher milder Winter erwartet. Dementsprechend ist eine Situation, wie sie sich vor zwei Jahren ergeben hatte, mit einer drohenden Energiemangellage und exorbitanten Ausschlägen bei den Gas- und Strompreisen, kaum mehr zu befürchten. Dennoch bleibt die Unsicherheit, insbesondere aufgrund der geopolitischen Spannungen, weiterhin bestehen.

Die Lage beim Verarbeitenden Gewerbe ist nach wie vor angespannt. Seit geraumer Zeit machen der Industrie nicht nur die hohen Energiepreise zu schaffen, sondern auch die rückläufige Nachfrage im Ausland aufgrund der schwachen Konjunktur. Die Stärke des Schweizer Frankens verschärft die prekäre Situation für die Industrie weiter. Der Dachverband Swissmem berichtete Mitte November 2024 von rückläufigen Umsatz- (-4,2%) und Exportzahlen (-3,6%) im Vergleich zum Vorjahr, während die Entwicklung der Auftragseingänge stagniert und die

Abb. 7
Auftragsbestand am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



Elektroindustrie schwingt obenaus Ähnlich wie im Vorjahr fallen die Rückmel- dungen aus der MEM- Industrie heterogen aus

Kapazitätsauslastung schwächelt. Der Verband forderte dementsprechend, dass die Schweizer Politik sich für die Exportwirtschaft einsetzen und den Zugang zu wichtigen Märkten – etwa zu Indien mit dem Freihandelsabkommen und zur EU mit den Bilateralen III – erleichtern soll. Die Zukunftsaussichten sind aktuell – auch vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Handelskriegs – wenig optimistisch und die angespannte Lage droht sich zunehmend auf die Beschäftigung auszuwirken. Unter anderem will Swiss Steel im In- und Ausland 800 Stellen abbauen, 130 davon am Standort Emmenbrücke.

Die Rückmeldungen aus dem Kanton Aargau fallen im verarbeitenden Gewerbe, insbesondere bei der MEM-Industrie (Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie), sehr heterogen aus. Im Rückblick auf die Entwicklung des allgemeinen Geschäftsjahres 2024 steht die Elektroindustrie an zweiter Stelle, während der Maschinenbau im Mittelfeld und die Metallindustrie im unteren Drittel vorzufinden sind. Und während der Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr in der letztgenannte Branche auch nicht sonderlich optimistisch ausfällt, rechnen sowohl die Elektroindustrie als auch der Maschinenbau mit einer positiven Entwicklung. Dabei fallen in allen drei Branchen die ungewichteten Resultate tiefer aus, dementsprechend sind sowohl der Rück- wie der Ausblick von kleinen Unternehmen, gemessen an der Anzahl ihrer Beschäftigten, schlechter als jene von grösseren Firmen. Bei den Rückmeldungen zum Gesamtumsatz sowie zum Export zeigt sich ein vergleichbares Bild: Die Elektroindustrie trumpft obenauf, während der Maschinenbau und die Metallindustrie von deutlich schlechteren Resultaten berichten. Dabei fällt der Ausblick auf die Erwartungen in allen drei Branchen optimistischer aus als der Rückblick auf die Ergebnisse.

Die Schweizer Industrie, insbesondere ihre grossen Verbraucher, hat nach wie vor mit hohen Energiepreisen zu kämpfen. Im Jahr 2024 belegte die Schweiz gemäss dem Schweizer Think Tank avenir suisse hier den zweiten Platz; nur in den Niederlanden ist der Strom aktuell noch teurer. Darunter kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit leiden, zumindest kurzfristig. Denn mittelfristig dürften hohe Stromkosten dazu führen, dass sich die inländischen Firmen innovativ betätigen und die Energieeffizienz erhöhen. In Kontrast dazu wurde staatliche Nothilfe für angeschlagene Schweizer Stahl- und Aluminiumwerke im Parlament gesprochen. Den Unternehmen soll ein Teil der Stromnetznutzungsgebühren für die Jahre 2025 bis 2028 erlassen werden, was insgesamt mit rund 37 Millionen Schweizer Franken beziffert wird. Im Gegenzug müssen die Unternehmen unter anderem Standortgarantien abgeben und dürfen den Aktionären keine Dividende auszahlen.

Bei der Investitionstätigkeit im abgelaufenen Jahr liegt die Nahrungsmittelindustrie im Vergleich zum Vorjahr an erster Stelle, gefolgt von verschiedenen weiteren Branchen aus dem dritten Sektor. Für das laufende Jahr hingegen berichtet neben dem Grundstücks- und Wohnungswesen primär die Elektroindustrie von einem Investitionswachstum. Positive Impulse dürften dabei von der kraftvollen Zinssenkung im Dezember 2024 ausgehen. Gerade für die angeschlagene MEM-Industrie gibt es unterschiedliche Prognosen zur zukünftigen Investitionstätigkeit: Zum einen berichtet die KOF von einem Anteil von fast 75 Prozent aller MEM-Unternehmen, welche in den kommenden drei Jahren in der Schweiz investieren wollen. Die Investitionen, unter anderem in die Digitalisierung und den Ausbau der Produktionskapazitäten, sollen der anhaltenden Konjunkturschwäche im Ausland entgegenwirken. Zum anderen geht der Raiffeisen Economic Research von verhaltenen oder gar rückläufigen Investitionen in der Industrie aus, wobei die

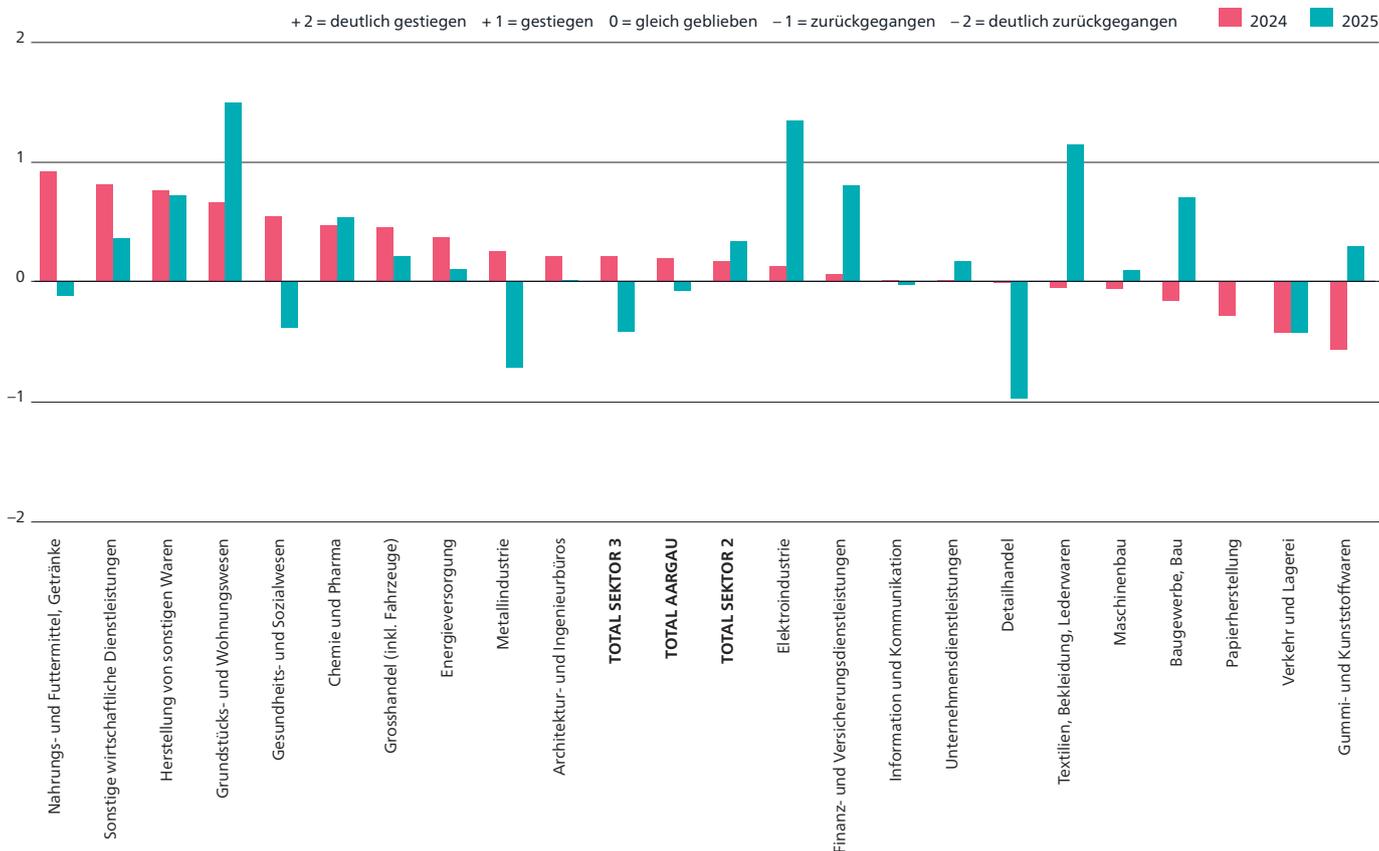
Unsicherheit aufgrund der Drohungen aus den USA die Zurückhaltung zusätzlich verstärken dürfte.

Die Wirtschaftsentwicklung im Ausland wirkt sich zunehmend negativ auf den Schweizer Arbeitsmarkt aus: im Vergleich zum Vorjahr ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent gestiegen. Aber trotz der Zunahme von Kurzarbeitsanträgen und vereinzelt Stellenstreichungen in der Industrie wird weiterhin mit einer robust wachsenden Beschäftigung gerechnet, gestützt von der intakten Nachfrage im Dienstleistungssektor. Die KOF rechnet in der Prognose vom Oktober 2024 unter Annahme einer etwas besseren Konjunktorentwicklung mit einem branchenübergreifenden Stellenwachstum von 1,0 respektive 0,9 Prozent in Vollzeitäquivalenten. Damit würde das Wachstum dennoch deutlich unter dem Vorjahreswert von 1,4 Prozent zu liegen kommen.

Gemäss den Rückmeldungen der Teilnehmenden hat es im Jahr 2024 in beiden Sektoren eine Aufstockung des Personals gegeben, wobei diese im zweiten Sektor mit 1,1 Prozent deutlich höher ausgefallen ist als im Dienstleistungssektor mit lediglich 0,3 Prozent. Damit haben sich die schwachen Prognosen aus der Wirtschaftsumfrage vom Vorjahr – es wurde mit einem Beschäftigungswachstum

Abb. 8
Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr

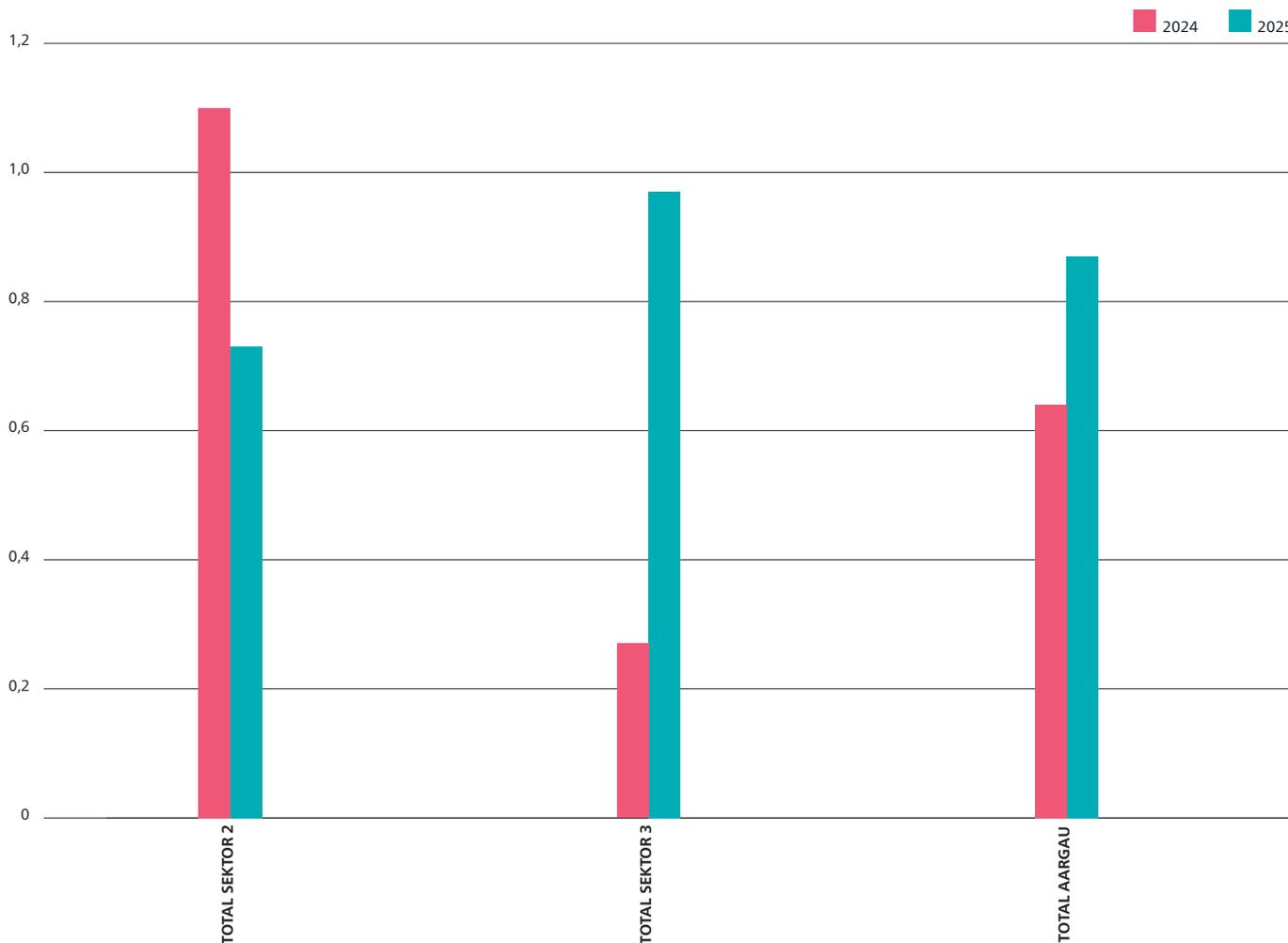
Quelle: AIHK



von 0,2 Prozent im Dienstleistungs- und einem Beschäftigungsrückgang von 1,3 Prozent im Industriesektor gerechnet – glücklicherweise nicht bewahrheitet. Beim geplanten Stellenaufbau im laufenden Jahr überflügelt der dritte Sektor den zweiten mit 1,0 gegenüber 0,7 Prozent hingegen leicht. Branchenübergreifend planen die Aargauer Unternehmen, welche an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage teilgenommen haben, für das Jahr 2025 eine Aufstockung des Personals von 0,9 Prozent. Das grösste Beschäftigungswachstum wies im Jahr 2024 die Chemie-/Pharmaindustrie mit einem Plus von 7,1 Prozent auf, gefolgt von der Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen (+6,0%) und dem Maschinenbau (+3,8%). Auf der anderen Seite der Verteilung liegt die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, welche gemäss den Umfrageresultaten ihren Personalbestand um 10,5 Prozent abgebaut hat. Weiter berichten die Branchen Grosshandel (-7,3%) und die Herstellung von Textilien, Bekleidung, Lederwaren (-6,5%) von einem Beschäftigungsrückgang im vergangenen Geschäftsjahr. Im laufenden Jahr plant allen voran die Branche Erbringung

Abb. 9
Netto-Veränderung der Anzahl Vollzeitstellen im Vergleich zum Vorjahr
 In Prozent

Quelle: AIHK



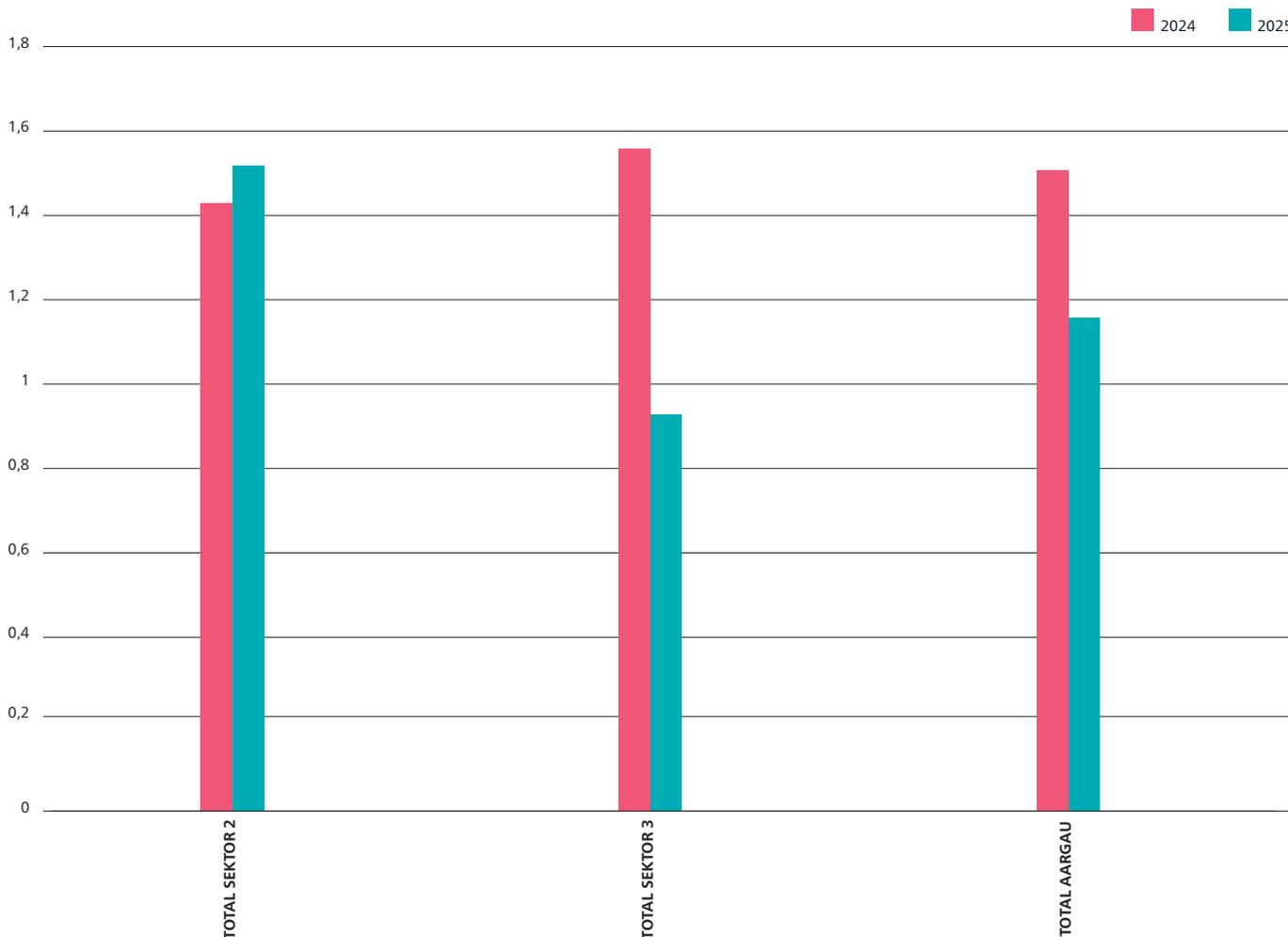
Reallohnwachstum stützt Kaufkraft
Die Nominallohnentwicklung dürfte 2025 hinter dem Vorjahr zurückbleiben, real ist dank der tiefen Teuerung aber mit einer stärkeren Zunahme zu rechnen

sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen eine Aufstockung des Personals, während die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren mit einem weiteren Beschäftigungsrückgang rechnet.

Im Rückblick verzeichnet der Kanton Aargau branchenübergreifend einen Lohnanstieg von 1,5 Prozent, wobei die Entwicklung im zweiten und dritten Sektor auf ein vergleichbares Niveau zu liegen kommt. Damit hat die mittlere Lohnerhöhung die Jahresteuierung von 1,1 Prozent überflügelt, was einer Zunahme der Reallöhne von 0,4 Prozent entspricht. Zukunftsgerichtet wird im Dienstleistungssektor mit einem Lohnanstieg von 0,9 Prozent gerechnet, im zweiten Sektor resultiert sogar eine Zunahme von 1,5 Prozent. Für 2025 kann im Kanton Aargau branchenübergreifend mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 1,2 Prozent gerechnet werden, was bei einer mittleren Inflationsprognose von 0,4 Prozent einem Reallohnanstieg von 0,8 Prozent entspricht. Damit dürfte die Kaufkraft zum zweiten Mal in Folge wachsen.

Abb. 10
Veränderung Durchschnittslohn im Vergleich zum Vorjahr
 In Prozent

Quelle: AIHK



Gemäss der jährlichen Lohnumfrage der UBS liegt die Lohnerhöhung 2025 im landesweiten Durchschnitt bei 1,4 Prozent. Aufgrund der moderaten Teuerung geht damit ein substantielles Reallohnwachstum einher, was den privaten Konsum stützen dürfte, auch wenn die steigenden Krankenkassenprämien und ein leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit das Potenzial begrenzen. Dass die Nominallohnentwicklung im laufenden Jahr tiefer ausfällt als noch 2024 (+1,8%), dürfte unter anderem der sinkenden Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer aufgrund der eingetrübten Konjunkturaussichten im Ausland geschuldet sein.

Der erste Teil der Sonderfragen der diesjährigen Wirtschaftsumfrage widmet sich der ausländischen Erwerbsbevölkerung aus den EU- und EFTA-Staaten sowie den Grenzgängern. Erwerbstätige aus diesen Staaten haben dank dem Personenfreizügigkeitsabkommen (PFZ) uneingeschränkten Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt. Gemäss Zuwanderungsstatistik des Staatssekretariats für Migration hat sich die Zuwanderung in die Schweiz im ersten Halbjahr 2024 leicht rückläufig entwickelt. Insgesamt betrug die Zuwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung zwischen Januar und Ende Juni 2024 80 684 Personen, wovon rund 71 Prozent respektive 57 330 Personen aus dem EU/EFTA-Raum einwanderten. Davon wanderten rund 76 Prozent beziehungsweise 43 548 Personen in den Arbeitsmarkt ein, was einem Rückgang von 5,7 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode entspricht. Von den im ersten Halbjahr 2024 aus der EU/EFTA zugewanderten Arbeitskräften, welche zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung gezählt werden, sind 80 Prozent im dritten, 18 Prozent im zweiten und 2 Prozent im ersten Sektor beschäftigt.

Die Zahl der ausländischen Grenzgänger im Kanton Aargau beläuft sich gemäss Statistik Aargau im vierten Quartal 2023 auf 14 193 Personen, was einer Zunahme von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Mit 81 Prozent stammt die grosse Mehrheit der im Aargau arbeitenden Grenzgänger aus Deutschland, gefolgt von Frankreich mit einem Anteil von 16 Prozent.

Wichtige Rolle der ausländischen Arbeitskräfte Ob als Hilfsarbeiter, Fachkraft oder Spezialist, ausländische Erwerbstätige sind essentiell, um dem Arbeitskräftemangel Herr zu werden

Ausländische Arbeitskräfte aus EU- und EFTA-Staaten spielen fast branchenübergreifend eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Nachfrage nach Fachkräften abzudecken. Zu 100 Prozent trifft diese Aussage – kaum überraschend – beim Gesundheits- und Sozialwesen zu. Die Lage ist so prekär, dass verschiedene Schweizer Spitäler im Ausland Rekrutierungskampagnen durchführen und Inserate aufschalten, um dem Mangel an Gesundheitsfachkräften zu begegnen. Gemäss einer PwC-Studie vom Oktober 2022 könnten bis 2040 über 45 000 Stellen im Gesundheitswesen unbesetzt bleiben, davon rund 5500 Ärztinnen und Ärzte sowie knapp 40 000 Pflegekräfte. Auch im Detailhandel, bei der Herstellung von sonstigen Waren, in der Chemie-/Pharmaindustrie und im Baugewerbe ist die Schweiz sehr stark auf Fachkräfte aus den EU-/EFTA-Staaten angewiesen. Die tiefste Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften weisen die Papierherstellung, das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Unternehmensdienstleistungen auf. Der Anteil an Unternehmen, welche zur Deckung des Fachkräftemangels von ausländischen Arbeitskräften abhängig sind, liegt bei rund drei Vierteln, sowohl im Industrie- wie auch im Dienstleistungssektor.

Dass ausländische Arbeitskräfte ausgewiesene Spezialisten mit spezifischen Fähigkeiten im Unternehmen stellen, trifft im Gesundheits- und Sozialwesen am stärksten zu, gefolgt von der Branche Chemie-Pharma sowie Informationen und Kommunikation. Gemäss der Strukturhebung des Bundesamtes für Statistik

haben 65 Prozent der in der Schweiz wohnhaften Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss in der Pharma- wie auch in der Chemieindustrie ausländische Nationalität. Wenig qualifizierte ausländische Arbeitskräfte führen primär in der Chemie-/Pharmaindustrie und bei der Herstellung von sonstigen Waren repetitive

Abb. 11
Welchen Bedarf decken ausländische Arbeitskräfte aus EU-/EFTA-Staaten (inkl. Grenzgänger) in Ihrem Unternehmen ab?

Resultate gewichtet, in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: AIHK

	Sie tragen zur Deckung des Fachkräftemangels bei	Sie sind ausgewiesene Spezialisten mit spezifischen Fähigkeiten	Sie übernehmen repetitive Arbeiten	Sie übernehmen Einsätze zu unattraktiven Arbeitszeiten	Sie übernehmen körperlich anspruchsvolle Tätigkeiten	Sie arbeiten für tiefe Löhne	Wir beschäftigen keine Arbeitskräfte aus EU-/EFTA-Staaten	Andere
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	78	1	0	0	15	0	8	0
Detailhandel	99	0	0	0	0	0	1	0
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	73	53	13	0	0	0	14	0
Unternehmensdienstleistungen	2	6	0	0	0	0	94	0
Papierherstellung	0	67	67	0	0	0	33	0
Herstellung von sonstigen Waren	93	87	84	5	11	1	1	0
Chemie und Pharma	92	95	92	50	50	0	2	0
Gummi- und Kunststoffwaren	31	35	51	47	21	21	0	0
Metallindustrie	78	28	27	18	21	18	9	0
Elektroindustrie	68	71	10	0	0	0	21	2
Maschinenbau	59	51	39	0	2	0	4	1
Architektur- und Ingenieurbüros	51	14	0	0	0	0	49	0
Energieversorgung	87	75	0	0	0	0	1	0
Baugewerbe, Bau	91	17	58	6	14	0	2	0
Grosshandel (inkl. Fahrzeuge)	32	13	10	0	3	0	62	0
Verkehr und Lagerei	70	70	49	0	4	0	1	0
Information und Kommunikation	4	92	0	0	0	0	8	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6	8	0	0	0	0	84	3
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	63	42	4	0	14	7	27	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0	15	0	0	12	0	73	0
Gesundheits- und Sozialwesen	100	98	38	0	0	0	0	0
TOTAL SEKTOR 2	76	53	48	11	13	4	6	0
TOTAL SEKTOR 3	75	46	16	0	1	0	16	0
TOTAL AARGAU	75	49	30	5	7	2	12	0

Arbeiten aus. Insgesamt stimmen mit 47,8 Prozent deutlich mehr Unternehmen aus dem zweiten Sektor dieser Aussage zu als Firmen aus dem Dienstleistungssektor (16,2%). Dass ausländische Erwerbstätige aus EU- und EFTA-Staaten Einsätze zu unattraktiven Arbeitszeiten oder körperlich anspruchsvolle Tätigkei-

Abb. 12
Wie wichtig sind ausländische Arbeitskräfte aus EU-/EFTA-Staaten (inkl. Grenzgänger) für die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?
 Resultate gewichtet, in Prozent

Quelle: AIHK

	Essentiell, sie sind für unser Unternehmen überlebenswichtig	Sehr wichtig, sie tragen einen bedeutenden Teil zur Wertschöpfung bei	Eher gering, der Beitrag ist zwar vorhanden, aber nicht ausschlaggebend	Nicht relevant, unser Unternehmen ist nicht darauf angewiesen	Andere
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	0	40	56	4	0
Detailhandel	99	0	0	1	0
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	0	20	76	4	0
Unternehmensdienstleistungen	0	2	20	78	0
Papierherstellung	0	0	67	33	0
Herstellung von sonstigen Waren	0	93	6	1	0
Chemie und Pharma	32	66	0	2	0
Gummi- und Kunststoffwaren	20	55	14	9	2
Metallindustrie	4	56	23	17	0
Elektroindustrie	53	15	4	28	0
Maschinenbau	5	58	8	5	25
Architektur- und Ingenieurbüros	23	7	34	36	0
Energieversorgung	0	0	87	13	0
Baugewerbe, Bau	14	69	12	5	0
Grosshandel (inkl. Fahrzeuge)	0	7	30	62	0
Verkehr und Lagerei	1	73	25	2	0
Information und Kommunikation	0	4	89	7	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0	0	6	94	0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	1	53	21	26	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	19	0	4	70	8
Gesundheits- und Sozialwesen	97	1	2	0	0
TOTAL SEKTOR 2	14	56	14	10	5
TOTAL SEKTOR 3	61	7	13	19	0
TOTAL AARGAU	41	29	14	15	2

ten übernehmen, ist am stärksten in der Branche Chemie-Pharma der Fall, gefolgt von der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie der Metallindustrie. Im Dienstleistungssektor ist die Anstellung aufgrund des genannten Bedarfs deutlich weniger verbreitet (0 bzw. 0,9%) als im Industriesektor (10,8% bzw. 13,2%). Dass ausländische Arbeitskräfte für tiefere Löhne arbeiten, ist branchenübergreifend nur bei 2,0 Prozent der Firmen der Fall, primär bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und in der Metallindustrie. Die klassischen Bürobranchen, allen voran die Unternehmensdienstleistungen und Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, beschäftigen keine Arbeitskräfte aus EU- oder EFTA-Staaten.

Kaum Überraschungen bergen die Rückmeldungen zur Wichtigkeit der ausländischen Arbeitskräfte für die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Auch hier schätzen fast alle Firmen aus den Branchen Detailhandel und Gesundheits- und Sozialwesen die angestellten ausländischen Erwerbstätigen als essentiell für das Überleben ihres Unternehmens ein. Über den ganzen Kanton Aargau hinweg beurteilen 40,6 Prozent der Teilnehmer der Wirtschaftsumfrage 2025 die ausländischen Arbeitskräfte als überlebenswichtig, wobei der Anteil im dritten Sektor mit 61,4 Prozent deutlich höher ausfällt als im Industriesektor (14,4%). Als etwas weniger wichtig, aber dennoch bedeutend für die Wertschöpfung, werden die Arbeitskräfte aus den EU- und EFTA-Staaten primär von der Herstellung von sonstigen Waren sowie Verkehr und Lagerei eingestuft. Eine eher geringe Bedeutung misst ihnen die Branche Information und Kommunikation sowie Energieversorgung bei. Keine Relevanz haben ausländische Arbeitskräfte vor allem bei den klassischen Bürobranchen. Branchenübergreifend wird das Prädikat «nicht relevant» von 15,0 Prozent der Firmen vergeben, wobei der Anteil im Dienstleistungssektor etwas höher ausfällt als im Industriesektor.

Zum Abschluss des ersten Teils der Sonderfragen wird erhoben, wie die teilnehmenden Firmen zur Beschäftigung von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen stehen. Insgesamt 29,0 Prozent der teilnehmenden Unternehmen melden, dass sie bereits Mitarbeiter aus dieser Personengruppe beschäftigen. Der höchste Anteil wird in der Energieversorgung und im Detailhandel gemessen, weiter ist die Beschäftigung dieser Gruppe im Baugewerbe und in der Elektroindustrie überdurchschnittlich hoch. Knapp ein Drittel der Teilnehmer wäre grundsätzlich offen für eine Beschäftigung, hat aktuell aber keine vorläufig aufgenommenen Personen oder Flüchtlinge angestellt. Im Industriesektor sind es doch gut die Hälfte, die diese Einstellung teilen, während es im dritten Sektor nur 16,5 Prozent sind. Insbesondere die Herstellung von sonstigen Waren, Information und Kommunikation sowie der Maschinenbau können sich die Beschäftigung am ehesten vorstellen, beim Gesundheits- und Sozialwesen und den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen fallen die Rückmeldungen am tiefsten aus. Skeptisch gegenüber der Anstellung von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen stehen primär Unternehmen aus der Chemie-/Pharmaindustrie, der Branche Verkehr und Lagerei sowie der Herstellung von Textilien. Gesamthaft sind es 11,7 Prozent der Firmen, welche diese Ansicht teilen. Dass kein Interesse an der Anstellung dieser Personengruppe besteht, trifft am stärksten im Gesundheits- und Sozialwesen zu, gefolgt von den Finanz- und Versicherungsdienstleistern und dem Grosshandel. Ein Anteil von 41,8 Prozent des Dienstleistungssektors teilt diese Ansicht, beim Industriesektor sind es hingegen nur 9,0 Prozent, was einem branchenübergreifenden Anteil von 27,2 Prozent entspricht. Zu den meistgenannten

Gründen, weshalb eine Firma der Beschäftigung skeptisch gegenübersteht oder gar kein Interesse daran hat, gehört die aufwändige Schulung von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen, Sprachprobleme sowie allzu einschränkende Vorschriften und Regulierungen.

Abb. 13
Welche Aspekte der Bau- und Nutzungsordnung stellen die grössten Herausforderungen für Ihr Unternehmen dar?

Resultate gewichtet, in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: AIHK

	Begrenzung der Ausnutzung des Grundstücks (Ausnutzungs-/Baumassenziffer bzw. Bauhöhen usw.)	Einschränkungen bei der Nutzung von Gewerbeflächen (im weiteren Sinne, d.h. inkl. Logistik, Industrieflächen von «störenden» Betrieben usw.)	Langwierige Bewilligungsverfahren oder komplizierte Bürokratie	Sondernutzungspläne / Gestaltungspläne	Andere
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	14	0	41	0	49
Detailhandel	0	99	100	99	0
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	39	100	15	39	0
Unternehmensdienstleistungen	1	45	27	75	2
Papierherstellung	0	99	98	68	1
Herstellung von sonstigen Waren	13	4	90	92	2
Chemie und Pharma	22	15	89	14	21
Gummi- und Kunststoffwaren	2	1	83	10	3
Metallindustrie	58	19	43	7	9
Elektroindustrie	79	82	16	2	2
Maschinenbau	46	50	23	19	28
Architektur- und Ingenieurbüros	26	0	72	2	0
Energieversorgung	0	0	100	64	0
Baugewerbe, Bau	21	20	73	17	7
Grosshandel (inkl. Fahrzeuge)	18	23	91	7	3
Verkehr und Lagerei	5	90	82	0	3
Information und Kommunikation	0	0	99	0	1
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	9	5	79	3	21
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	22	17	40	3	44
Grundstücks- und Wohnungswesen	83	7	80	71	0
Gesundheits- und Sozialwesen	4	1	56	2	38
TOTAL SEKTOR 2	33	27	63	31	10
TOTAL SEKTOR 3	4	43	78	41	15
TOTAL AARGAU	16	36	72	37	13

Der zweite Teil der Sonderfragen befasst sich mit regulatorischen Themen, insbesondere in Bezug auf die Standortaspekte und die Investitionstätigkeiten. Mit 90,5 Prozent konnte der Grossteil der an der Wirtschaftsumfrage 2025 teilnehmenden Firmen alle bisher geplanten Investitionen tätigen und wurde nicht durch Standortaspekte des Kantons Aargau oder durch kommunale Vorschriften daran gehindert. Zu den Branchen, welche bisher am meisten behindert worden sind, gehören die Papierherstellung, die Energieversorgung sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen. Während 93,9 Prozent der zur Papierherstellung gehörenden Unternehmen durch die Revision der Bau- und Nutzungsordnung bei ihren Investitionsvorhaben eingeschränkt worden sind, beklagen die Energieversorgung und das Grundstücks- und Wohnungswesen primär die schlechte Verfügbarkeit von Grundstücken in der Gemeinde oder Umgebung im Kanton Aargau (63,3% resp. 66,1%). Weiter wurden 18,7 Prozent der Firmen aus dem Baugewerbe auch aufgrund des Grundstückmangels daran gehindert, die geplanten Investitionen im Kanton Aargau zu realisieren. Als zusätzlichen Hinderungsgrund nennen 62,7 Prozent der Unternehmen aus dem Grundstücks- und Wohnungswesen, dass die verfügbaren Grundstücke in der Gemeinde oder Umgebung zu teuer seien. Dieser Meinung sind auch 23,4 der Firmen aus der Energieversorgung und 20,1 Prozent aus der Branche Verkehr und Lagerei. Branchenübergreifend liegt der Anteil der Unternehmen, welche daran gehindert wurden, im Kanton Aargau zu investieren, bei zwei bis vier Prozent pro Hinderungsgrund, wobei der Anteil im Industriesektor jeweils leicht höher ausfällt als im Dienstleistungssektor.

Hinsichtlich der Hürden, welche die Bau- und Nutzungsordnung den Investitionswilligen in den Weg stellt, werden langwierige Bewilligungsverfahren oder die komplizierte Bürokratie mit Abstand am meisten genannt. Während über drei Viertel der Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor dieser Meinung sind, sind es im zweiten Sektor noch 62,5 Prozent. Vollkommen einverstanden mit dieser Aussage sind mit 100 Prozent die Exponenten aus der Energieversorgung, gefolgt von jenen aus dem Detailhandel (99,9%) und der Branche Information und Kommunikation (98,5%). Dass Sondernutzungs- oder Gestaltungspläne eine grosse Herausforderung darstellen, wird auch von mehr als einem Drittel aller Teilnehmer bestätigt. Neben dem Detailhandel deuten auch die Rückmeldungen aus der Herstellung von sonstigen Waren und den Unternehmensdienstleistungen darauf hin, dass dieser Aspekt eine hohe Hürde darstellt. Die grössten Einschränkungen für das Grundstücks- und Wohnungswesen rühren allerdings von der Begrenzung der Ausnützung eines Grundstücks: 83,0 Prozent der Unternehmen aus der Branche stimmen dieser Aussage zu. Auch 78,6 Prozent der Firmen aus der Elektroindustrie sehen diesen Aspekt als grösste Herausforderung für ihre Investitionstätigkeit. Einschränkungen bei der Nutzung von Gewerbeflächen bremsen vor allem Unternehmen aus den Branchen Textilien, Detailhandel, Papierherstellung sowie Verkehr und Lagerei beim Investieren. Nutzungseinschränkungen ergeben sich dabei auch wegen dem Interesse an einer konfliktfreien Nachbarschaft in Bezug auf Lärmbelastung und andere Emissionen. Weitere, mehrmals genannte andere Herausforderungen bei Investitionsvorhaben, sind neben Einsprüchen und Lärmschutzklagen aus der Bevölkerung zusätzliche Regulierungen und Vorgaben wie Brandschutzrichtlinien.

Die politische Massnahme, welche branchenübergreifend als am effektivsten beurteilt wird, um wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen,

ist die Vereinfachung und Beschleunigung von Bewilligungsverfahren. 82,4 Prozent aller Teilnehmer der Wirtschaftsumfrage 2025 teilen diese Ansicht, wobei der Anteil im Dienstleistungssektor mit 90,0 Prozent höher

Abb. 14

Welche politischen Massnahmen wären für Ihr Unternehmen am effektivsten, um wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen?

Resultate gewichtet, in Prozent

Quelle: AIHK

	Vereinfachung und Beschleunigung von Bewilligungsverfahren	Grössere Flexibilität bei Nutzungsanforderungen (z. B. für Misch- oder Sondernutzungen)	Lockerung von Flächen- oder Höhenbeschränkungen	Keine Änderungen erforderlich – die aktuellen Rahmenbedingungen sind angemessen	Andere
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	97	49	51	0	4
Detailhandel	99	0	0	1	0
Textilien, Bekleidung, Lederwaren	34	14	34	66	0
Unternehmensdienstleistungen	9	91	74	4	1
Papierherstellung	29	69	96	3	1
Herstellung von sonstigen Waren	88	81	85	6	0
Chemie und Pharma	98	22	87	2	21
Gummi- und Kunststoffwaren	68	37	22	2	0
Metallindustrie	67	22	11	15	8
Elektroindustrie	83	62	69	10	0
Maschinenbau	47	41	23	21	28
Architektur- und Ingenieurbüros	37	7	18	35	16
Energieversorgung	100	0	0	0	0
Baugewerbe, Bau	76	74	63	9	0
Grosshandel (inkl. Fahrzeuge)	92	35	17	5	5
Verkehr und Lagerei	95	4	49	1	0
Information und Kommunikation	95	0	4	6	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	69	7	8	30	0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	75	55	11	15	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	70	91	73	9	0
Gesundheits- und Sozialwesen	96	39	4	0	1
TOTAL SEKTOR 2	73	51	51	11	9
TOTAL SEKTOR 3	90	22	11	3	1
TOTAL AARGAU	82	35	28	6	5

ausfällt als im zweiten Sektor (72,6%). Nur wenige Branchen, darunter Unternehmensdienstleistungen, Papierherstellung und Textilien präferieren andere politische Massnahmen. Dass der Gesetzgeber bei Nutzungsanforderungen (z. B. für Misch- oder Sondernutzungen) grössere Flexibilität ermöglichen soll, beurteilen primär das Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen und die Herstellung von sonstigen Waren als am effizientesten. Diese Massnahme, sowie die Lockerung von Flächen- oder Höhenbeschränkungen, wird vom Industriesektor deutlich öfter als effizient angesehen als vom dritten Sektor. Insbesondere sind 95,7 Prozent der Unternehmen aus der Papierherstellung von der Lockerung von Flächen- oder Höhenbeschränkungen als wirtschaftsfreundliche Massnahme überzeugt, wie auch der Grossteil der Firmen aus der Chemie-/Pharmaindustrie und der Herstellung von sonstigen Waren. Von allen Unternehmensverantwortlichen, die an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage teilgenommen haben, sind nur 6,4 Prozent der Ansicht, dass keine politischen Massnahmen nötig sind, um wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen zu schaffen. Am stärksten vertreten ist diese Ansicht in den Branchen Textilien, Architektur und Ingenieurbüros sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Von einigen der teilnehmenden Firmen wurde zusätzlich angemerkt, dass eine Abschaffung der Gestaltungsplanpflicht und eine allgemeine Reduktion von Bürokratie und Regulierungen zu wirtschaftsfreundlicheren Rahmenbedingungen führen würde.

Standortqualität im Kanton Aargau

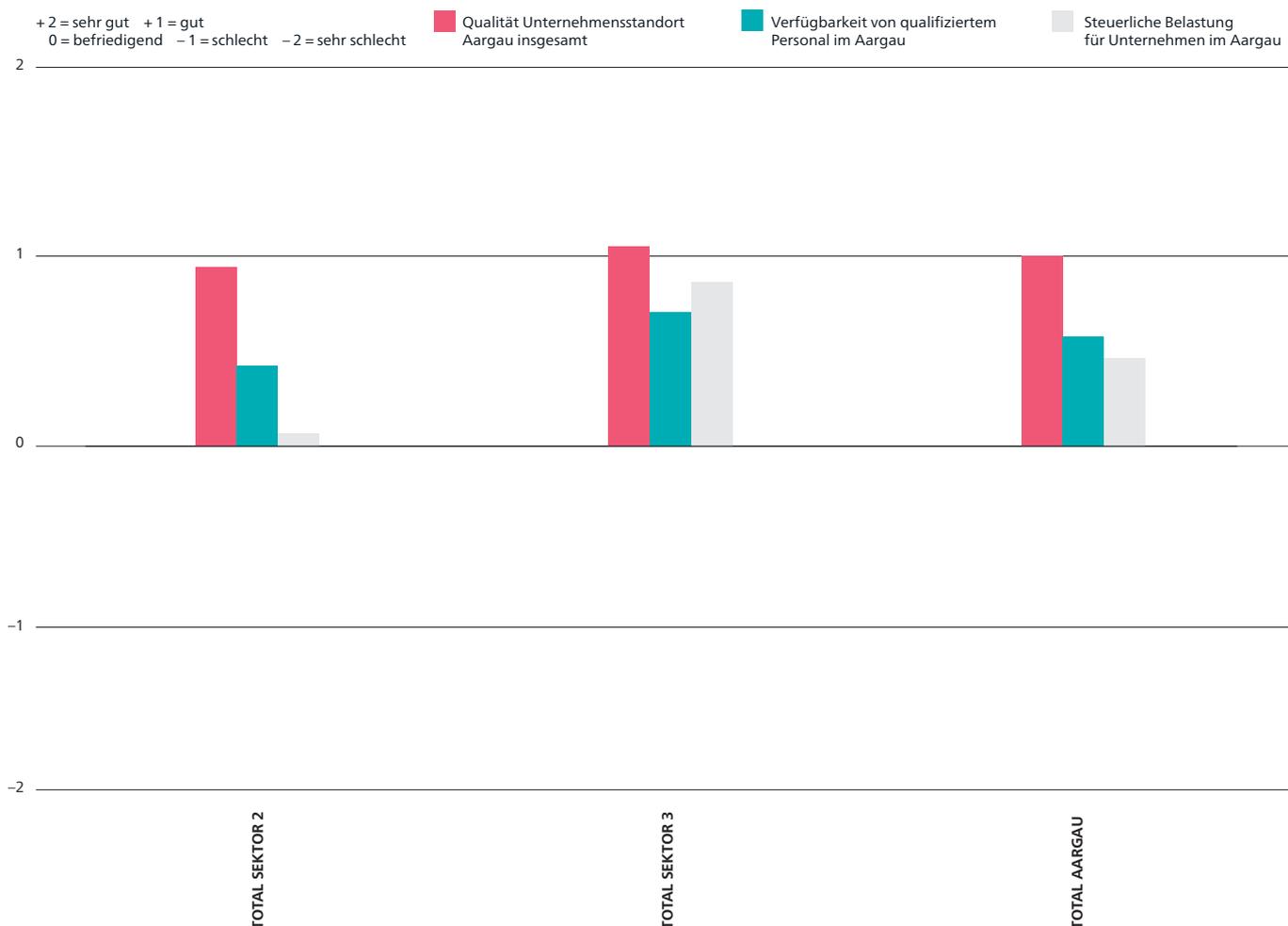
Die Rückmeldungen zum Unternehmensstandort fallen positiv und leicht besser als im Vorjahr aus

Gemäss den Rückmeldungen zur diesjährigen Wirtschaftsumfrage wird der Kanton Aargau als Unternehmensstandort nach wie vor geschätzt, im Vergleich zum Vorjahr fallen die Einschätzungen sogar leicht besser aus. Mit 17,0 Prozent ist der Anteil der Teilnehmer, welche den Standort Aargau als «sehr gut» beurteilen, im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt gestiegen. Und während gut zwei Drittel den Unternehmensstandort aktuell als «gut» einstufen, was einer Zunahme von 2,1 Prozentpunkten entspricht, liegt der Anteil der Unternehmen, welche den Kanton Aargau als Standort noch mit «befriedigend» beurteilen, bei 14,4 Prozent (-2,2%-Punkte). Analog zum Vorjahr bewertet lediglich eine kleine Minderheit von weniger als einem Prozent die Standortqualität aktuell als «schlecht», das Prädikat «sehr schlecht» wird gar nicht genannt.

Die teilnehmenden Unternehmen aus der Branche Verkehr und Lagerei bewerten die Standortqualität des Kantons Aargau insgesamt am besten, gefolgt vom Grosshandel und den Architektur- und Ingenieurbüros. Der Dienstleistungssektor

Abb. 15
Qualität des Unternehmensstandorts Aargau 2024

Quelle: AIHK



zeigt sich branchenübergreifend leicht zufriedener als der zweite Sektor. Im Vergleich zu den Resultaten aus der Wirtschaftsumfrage 2024 wird die Standortqualität aktuell wieder leicht besser bewertet. Räumlich differenziert wird die Qualität des Unternehmensstandorts Aargau in den Bezirken Kulm, Bremgarten und Zurzach am besten beurteilt, während sie in den Bezirken Rheinfelden, Laufenburg und Aarau am tiefsten ausfällt.

Beim Ende 2024 von avenir suisse publizierten Freiheitsindex schwingt der Kanton Aargau obenaus, nachdem er im Vorjahr noch knapp hinter dem Kanton Appenzell-Ausserrhoden zurückgeblieben war. Als einziger Kanton weist der Aargau sowohl bei der wirtschaftlichen als auch bei der gesellschaftlichen Freiheit sehr gute Werte auf und belegt bei beiden Teilindizes den dritten Rang. Punkten konnte der Kanton Aargau insbesondere bei der Gesundheit der Kantonsfinanzen, während bei der Steuerbelastung für Unternehmen sowie der Schuldenbremse noch Aufholbedarf besteht. Beim kantonalen Standortqualitätsranking der Credit Suisse, welches bis 2023 erhoben worden ist und die Attraktivität der Kantone für Unternehmen misst, belegt der Aargau wie schon im Jahr 2022 den siebten Platz. Im kantonalen Vergleich fällt beim Standort Aargau primär die Erreichbarkeit der Beschäftigten attraktiver aus. Weiter werden die Komponenten Steuerbelastung natürlicher Personen, Erreichbarkeit der Bevölkerung und Erreichbarkeit von Flughäfen als überdurchschnittlich gut bewertet. Negativ ins Gewicht fällt nur die relativ tiefe Verfügbarkeit von Hochqualifizierten, während die steuerliche Attraktivität für juristische Personen und die Verfügbarkeit von Fachkräften als durchschnittlich eingestuft werden.

Die an der diesjährigen AIHK Wirtschaftsumfrage teilnehmenden Firmen beurteilen die steuerliche Situation im Kanton Aargau wie folgt: Gut ein Prozent der Unternehmen bewerten die Situation hinsichtlich der Steuerbelastung analog zum Vorjahr als «sehr gut». Knapp ein Drittel wählt das Prädikat «gut» und mit 56,0 Prozent beurteilen mehr als die Hälfte der Firmen die Situation noch als «befriedigend», womit die Einschätzungen leicht schlechter ausfallen als noch im Vorjahr. Und während 8,0 Prozent die Steuerbelastung im Kanton Aargau als «schlecht» einschätzen, empfindet bloss ein Prozent die steuerliche Situation gar als «sehr schlecht». Am zufriedensten mit der Situation scheint das Gesundheits- und Sozialwesen zu sein, gefolgt vom Detailhandel und dem Grosshandel. Am schlechtesten beurteilen die Unternehmensdienstleistungen, die Architektur- und Ingenieurbüros sowie der Maschinenbau die Steuerbelastung für Unternehmen im Aargau. Insgesamt ist der Dienstleistungssektor mit der steuerlichen Situation zufriedener als der Industriesektor.

Gemäss dem jährlichen Bericht der KPMG zu den kantonalen Gewinnsteuersätzen gab es, aufgrund der Unternehmenssteuerreform STAF im Gegensatz zu den Vorjahren, im Jahr 2024 nur noch vereinzelt Steuersenkungen. Die grösste Senkung hat der Kanton Aargau mit –1,19 Prozentpunkten auf 15,07 Prozent vollzogen. Damit kommt der Gewinnsteuersatz im Aargau leicht über dem landesweiten Durchschnitt von 14,6 Prozent zu liegen, was dem Kanton den 19. Rang im kantonalen Vergleich beschert. Im Rahmen der kantonalen Ausgestaltung der STAF-Steuerinstrumente kennt der Kanton Aargau die maximal zulässigen Abzüge bereits seit 2020, inklusive der Entlastung bei der Besteuerung von Gewinnen aus Patenten (Patentbox) von 90 Prozent und den zusätzlich möglichen Abzügen für Aufwendungen in Forschung und Entwicklung (F&E) von 50 Prozent.

Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal

Die Rückmeldungen aus dem Kanton Aargau deuten auf eine Verbes- serung der Situation hin

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Fachkräftemangels erachtet mit 42,0 Prozent der Grossteil der Verantwortlichen der Unternehmen, welche an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage teilgenommen haben, die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal als «befriedigend». 41,8 Prozent beurteilen den Standortfaktor Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften als «gut», was einer deutlichen Verbesserung gegenüber den Rückmeldungen vom Vorjahr entspricht. Diese Entwicklung zeugt davon, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt aktuell zumindest leicht am Entschärfen ist. Während rund zwei Prozent der Teilnehmenden das Prädikat «sehr gut» wählten, ist ein vergleichbarer Anteil mit der Situation sehr unzufrieden und beurteilt die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal als «sehr schlecht». Die restlichen 11,6 Prozent der Antwortenden bewerten die Situation mit «schlecht». Am zufriedensten scheinen Papierherstellung, Detailhandel und Energieversorgung, während allen voran die Architektur- und Ingenieurbüros, Information und Kommunikation sowie Herstellung von Textilien, Bekleidung, Lederwaren bei der Suche nach qualifiziertem Personal die grösste Mühe bekunden. Insgesamt beurteilt der dritte Sektor die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften besser als der Industriesektor.

Methodik

Insgesamt haben 448 von 1335 befragten Unternehmen an der Umfrage teilgenommen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von rund 34 Prozent. Damit sind rund 43 489 Vollzeitstellen oder 15,8 Prozent aller Vollzeitstellen im Kanton Aargau (gemäss Statistik der Unternehmensstruktur 2022) repräsentiert.

Für die Auswertung wurden die Antworten nach der Anzahl Mitarbeitender gewichtet. Dies hat zur Folge, dass die Einschätzungen von grösseren Firmen mehr Gewicht haben. Dies entspricht der Situation im Nationalrat, in dem Kantone mit grosser Bevölkerung mehr Sitze einnehmen als kleine Kantone und dadurch bei Abstimmungen mehr Gewicht haben. Die Unterschiede in der Beurteilung lassen sich am Beispiel der Frage «Allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres» illustrieren: Ohne Gewichtung liegen die Erwartungen der Unternehmen für das Geschäftsjahr 2024 leicht tiefer. Gewichtet man die Antworten mit der Anzahl Mitarbeiter eines Unternehmens, so zeigt sich eine bessere Beurteilung. Dies deutet darauf hin, dass grössere Firmen das Geschäftsjahr positiver beurteilen.

Abb. 16
Überblick teilnehmende Firmen 2025

Quelle: AIHK, BFS, Fahrländer Partner

	Anzahl Vollzeitstellen	Anzahl Firmen
Verarbeitendes Gewerbe, Herstellung von Waren	15 300	158
– davon MEM	8 900	93
– davon Pharma und Chemie	1 493	10
Handel (Gross- und Detailhandel, inkl. Fahrzeuge)	9 913	48
Baugewerbe	3 030	31
Finanzsektor	1 669	22
Information und Kommunikation	1 697	25
übrige Dienstleistungen	2 000	97
Gesundheits- und Sozialwesen	7 512	15
andere (inkl. Teilnehmende ohne Branchenzuordnung)	2 369	52
TOTAL UMFRAGE	43 489	448
Total Vollzeitstellen Kanton AG STATENT 2022 (alle Branchen)	274 695	
Prozentanteil Umfrage an Total	15,8%	

Impressum

Herausgeber

Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK
Entfelderstrasse 11
CH-5001 Aarau
Projekt: Sebastian Rippstein (Projektleitung),
Beat Bechtold, Markus Eugster

Umfrage

Fahrländer Partner Raumentwicklung
CH-8003 Zürich

Gestaltung

Kromer Print AG
CH-5600 Lenzburg
Projekt: Monika Frey

Titelbild

Andreas Güntensperger
CH-5400 Baden

www.aihk.ch/wirtschaftsumfrage

